

4781

Stenographisches Protokoll

42. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 10. Dezember 1987

Tagesordnung

1. Neuwahl der Ausschüsse gemäß § 32 Abs. 1 der Geschäftsordnung
2. Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Jörg Haider
3. Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Josef Buchner

Freda Blau-Meissner (S. 4790)
(tatsächliche Berichtigung),
Dkfm. DDr. König (S. 4791)
Buchner (S. 4793),
Dr. Frischenschlager (S. 4796),
Dr. Pilz (S. 4797) und
Dkfm. DDr. König (S. 4799) (tatsächliche Berichtigung)
Annahme (S. 4800)

- (2) Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Jörg Haider (406 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Gugerbauer (S. 4800)

Annahme des Ausschußantrages (S. 4801)

- (3) Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Josef Buchner (407 d. B.)

Berichterstatter: Smolle (S. 4801)

Annahme des Ausschußantrages (S. 4801)

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 4782)

Geschäftsbehandlung

Antrag der Abgeordneten Dr. Fischer, Dkfm. DDr. König, Dr. Haider und Freda Blau-Meissner auf Durchführung einer Debatte über die Neuwahl der Ausschüsse (S. 4782) — Annahme (S. 4782)

Tatsächliche Berichtigungen

Freda Blau-Meissner (S. 4790)

Dkfm. DDr. König (S. 4799)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 4782)

Neuwahl der Ausschüsse gemäß § 32 Abs. 1 der Geschäftsordnung (S. 4782 ff.) (siehe Verhandlungen)

Verhandlungen

- (1) Neuwahl der Ausschüsse gemäß § 32 Abs. 1 der Geschäftsordnung

Redner:

Mag. Geyer (S. 4783),
Dr. Fischer (S. 4787),
Dr. Haider (S. 4789),

Eingebracht wurden

Berichte: (S. 4782)

III-54: Bericht gemäß § 9 Abs. 7 des Volksgruppenengesetzes über die Volksgruppenförderung im Jahre 1986; Bundesregierung

III-55: Bericht über die Erfahrungen mit dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 55/1985, mit dem das Hausbesorgergesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz und das Arbeitsverfassungsgesetz geändert werden; BM f. Arbeit und Soziales

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie auf die Anfrage der Abgeordneten Klara Motter und Genossen (1034/AB zu 1088/J)

des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Freda Blau-Meissner und Genossen (1035/AB zu 1154/J)

328

Beginn der Sitzung: 19 Uhr

Vorsitzender: Präsident Mag. Gratz.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dipl.-Ing. Winsauer, Dr. Steidl, Matzenauer und Dipl.-Ing. Flicker.

Keine Entschuldigungen.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 1034/AB und 1035/AB eingelangt sind.

Dem Gesundheitsausschuß

weise ich die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebene Regierungsvorlage,

Bundesgesetz, mit dem das Tierärztegesetz geändert wird (418 der Beilagen),

zu.

Die weiteren eingelangten Vorlagen weise ich zu wie folgt:

dem Verfassungsausschuß:

Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 7 des Volksgruppengesetzes über die Volksgruppenförderung im Jahre 1986 (III-54 der Beilagen);

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Bericht des Bundesministers für Arbeit und Soziales über die Erfahrungen mit dem Bundesgesetz, BGBl. Nr. 55/1985, mit dem das Hausbesorgergesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz und das Arbeitsverfassungsgesetz geändert werden (III-55 der Beilagen).

1. Punkt: Neuwahl der Ausschüsse gemäß § 32 Abs. 1 der Geschäftsordnung

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Neuwahl der Ausschüsse gemäß § 32 Abs. 1 der Geschäftsordnung.

Entsprechend der genannten Gesetzesbestimmung sind Neuwahlen von bestehenden

Ausschüssen durchzuführen, sobald beim Präsidenten angemeldete Veränderungen im Stärkeverhältnis der Klubs es erfordern. Gemäß dem letzten Satz des § 32 Abs. 1 erfahren durch eine solche Neuwahl die Verhandlungen der Ausschüsse — also auch der einen Teil derselben bildenden Unterausschüsse — keine Unterbrechung.

Der Nationalrat hat die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder jedes zu wählenden Ausschusses festzusetzen. Die Mitglieder und Ersatzmitglieder werden auf die parlamentarischen Klubs im Verhältnis der Zahl der ihnen angehörenden Abgeordneten verteilt.

Die Klubs haben die auf sie entfallenden Ausschußmitglieder und Ersatzmitglieder dem Präsidenten namhaft zu machen; diese gelten damit als gewählt.

Antrag auf Durchführung einer Debatte über die Neuwahl der Ausschüsse

Präsident: Es liegt mir ein gemeinsamer Antrag der Abgeordneten Dr. Fischer, Dkfm. DDr. König, Dr. Haider und Freda Blau-Meissner vor, über die Neuwahl der Ausschüsse eine Debatte durchzuführen.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die für diesen Antrag sind, um ein Zeichen der Zustimmung. — Das ist einstimmig angenommen.

Bevor wir in die Debatte eingehen, gebe ich, obwohl in der Geschäftsordnung keine genauen Bestimmungen darüber enthalten sind; die mir vorliegenden Wahlvorschläge bekannt, weil sinnvollerweise die Debatte ja zu diesen Wahlvorschlägen stattfinden soll.

Die Abgeordneten Dr. Fischer, Dkfm. DDr. König, Dr. Haider und Freda Blau-Meissner schlagen gemäß § 32 Abs. 1 der Geschäftsordnung vor, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der nachstehend genannten Ausschüsse mit 25 festzusetzen:

Außenpolitischer Ausschuß

Bautenausschuß

Budgetausschuß

Finanzausschuß

Präsident

Geschäftsordnungsausschuß

Gesundheitsausschuß

Handelsausschuß

Ausschuß für innere Angelegenheiten

Justizausschuß

Landesverteidigungsausschuß

Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft

Rechnungshofausschuß

Ausschuß für soziale Verwaltung

Umweltausschuß

Unterrichtsausschuß

Verfassungsausschuß

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung

Die Abgeordneten Dr. Fischer und Dkfm. DDr. König schlagen gemäß § 32 Abs. 1 der Geschäftsordnung vor, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der nachstehend genannten Ausschüsse mit 22 festzusetzen:

Unvereinbarkeitsausschuß

Immunitätsausschuß

Ausschuß für verstaatlichte Betriebe

Verkehrsausschuß

Familienausschuß

Wir gehen nunmehr in die Debatte ein.

Als erster Redner ist Herr Abgeordneter Mag. Geyer gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

19.05

Abgeordneter Mag. Geyer (Grüne): Meine Damen und Herren! Bei der heutigen Budgetdebatte zum Kapitel „Landwirtschaft“ haben wir zum ersten Mal Entschließungsanträge eingebracht, die nicht genügend unterstützt waren, weil wir im Klub nicht genügend Abgeordnete sind, um solche Anträge gemäß der Geschäftsordnung zur Behandlung stellen zu können. (*Ruf bei der ÖVP: Das ist euer Problem!*) Ich habe es, Helene, sehr beachtlich gefunden, daß die freiheitlichen Abgeordneten dennoch bei der Unterstützungsfrage auf-

gestanden sind und es möglich gemacht haben, die Anträge inhaltlich zu behandeln, wenngleich sie nachher, wie wir voraussehen konnten, niedergestimmt wurden.

Ich habe das Verhalten der Freiheitlichen deswegen beachtlich gefunden, weil es mir zeigt — oder mir zumindest zur Hoffnung Anlaß gibt —, daß sich auch hier die Meinung durchsetzt: Minderheitsrechte, Oppositionsrechte, das ist etwas, worüber man nicht verhandeln kann, sondern was man immer beachten muß. (*Abg. Dr. Schwimmer: Was gehen uns Ihre Säuberungsaktionen an?*) Herr Abgeordneter Schwimmer, ich bekämpfe Ihre Auffassung, aber ich werde auf die Barrikaden steigen, damit Sie sie äußern können. (*Abg. Dr. Schwimmer: Welche Minderheitsrechte hat der Herr Buchner bei Ihnen?*)

Das habe ich heute so beachtlich von den Abgeordneten der Freiheitlichen Partei gefunden, daß sie diesen Grundsatz achten und uns unterstützen, daß überhaupt etwas verhandelt werden kann, auch wenn sie in der Sache selbst möglicherweise ganz anderer Meinung sind. Das ist eine politische Kultur, die ich mir von allen Klubs wünsche: daß man es möglich macht, über jedes Thema hier zu reden, auch wenn man völlig unterschiedlicher Meinung in der Sache selbst ist und dann vielleicht sogar gegen den eigenen unterstützten Antrag stimmt. (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Dr. Schwimmer: Sie schließen Leute wegen einer anderen Meinung aus Ihrem Klub aus! Die Logik ist nicht nachvollziehbar!*)

Meine Damen und Herren! Bei der Frage der Minderheitsrechte geht es um eine ganz grundsätzliche Frage, Herr Kollege, die auch grundsätzlich beantwortet werden muß. (*Abg. Steinbauer: Warum durfte der Buchner keine andere Meinung haben?*) Die Frage ist: Sind Minderheiten etwas, mit denen die Mehrheit machen kann, was sie will, oder sind Minderheiten etwas, deren Status ich einmal respektiere? Sind Minderheiten etwas, von denen ich annehme und bei denen ich davon ausgehe: Ihre Existenzberechtigung stelle ich nicht in Frage, daher garantiere ich sie in ihrer Existenz, in ihrer Funktion, wenn es sich um eine politische Minderheit handelt? (*Abg. Dr. Schwimmer: Das Minderheitsrecht ist dem Abgeordneten Buchner nicht zugestanden worden!*)

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Schwimmer! Die ÖVP hat sich, bevor sie in die Regierung gekommen ist, sehr stark für die Minderheitsrechte gemacht, hat sich verbal sehr

Mag. Geyer

stark gemacht. In der Regierungserklärung gibt es, glaube ich, auch das Versprechen, für die Stärkung der Minderheiten, für Minderheitsrechte im Parlament einzutreten. Herr Abgeordneter Schwimmer! Das Versprechen in der Regierungserklärung war aber, wie sich herausgestellt hat, offenbar ein Versprecher, denn all das, was wir bisher erlebt haben, spricht dem Hohn. (Abg. Dr. Schwimmer: Herr Mag. Geyer, eine Frage: Hatten Sie in Ihrer gewählten Stärke die Minderheitsrechte in vollem Umfang?) Ja. (Abg. Dr. Schwimmer: Und welche Minderheitsrechte hat der Herr Buchner gehabt?)

Sie meinen, wenn es politische Differenzen gibt und man sich politisch trennt, dann kann eine Minderheit nicht mehr handlungsfähig sein. Herr Abgeordneter Schwimmer, das ist Ihre Auffassung. Eine Minderheit muß eine bestimmte Größe haben, um überleben zu können. Wenn es in diesem Haus einmal nur einen einzigen oppositionellen Abgeordneten gibt, dann wird er nach Ihrer Auffassung gar nichts mehr dürfen, dann bekommt er nicht einmal ein Zimmer, dann hat er nicht einmal einen Garderobehaken. Das ist Ihre Auffassung von Minderheitsrechten. (Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Warum habt ihr den Buchner hinausgeschmissen?)

Meine Damen und Herren! Was uns hier zu erwarten hat, haben wir schon am ersten Tag im Parlament, genaugenommen schon vor dem ersten Tag im Parlament erfahren, als wir beim Präsidenten vorgesprochen und gefragt haben, wo er uns unterbringen werde, als er uns drei Räume gezeigt hat im Ausmaß von je 15 m². Das war die Auffassung des Parlaments, wie eine neue Partei hier behandelt wird: acht Abgeordnete in drei 15 m² große Räume hineinstecken.

Ich kann Ihnen zehn Beispiele anführen, wie Sie hier mit kleineren ... (Zwischenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Meine Damen und Herren! Zwischenrufe beleben die Debatte, aber es sind so viele auf einmal, daß sie auch der Redner nicht mehr hören kann!

Abgeordneter Mag. Geyer (fortsetzend): Zwischenrufe beleben die Debatte. — Der Abgeordnete Peter Pilz hat bei einer der letzten Debatten auch einen Zwischenruf gemacht, worauf die Debatte unterbrochen worden ist. Er hat nämlich die verbale Ermordung von sechs Juden als Antisemitismus bezeichnet und dafür einen Ordnungsruf bekommen. Auch das ist wieder bezeichnend,

wie die Minderheit behandelt wird. Denn fast gleichzeitig hat ein Abgeordneter Ihrer Fraktion zum Abgeordneten Pilz gesagt: Linksfaschist! Und wo ist da der Ordnungsruf geblieben? — Da ist er übersehen worden, da hat es keinen Ordnungsruf gegeben. (Beifall bei den Grünen.)

Auf die Minderheit hat man einfach vergessen, obwohl wir das Präsidium, den Präsidenten darauf aufmerksam gemacht und gefordert haben: Gleichbehandlung! — Behandelt uns nicht anders als die übrigen Abgeordneten!

Frau Präsident Dr. Hubinek! Immunitätsausschuß und Abstimmung über das Auslieferungsbegehren gegen Manfred Srb, Josef Buchner und Andreas Wabl in der Frage Demonstration Pyhrn Autobahn. — Auch da haben Sie gezeigt, wie Sie mit Minderheiten umgehen. Gerade Ihr Verhalten hat mich irritiert, weil ich Sie persönlich sehr schätze. Sie haben nämlich zum ersten oder zum zweiten Mal unter Beweis gestellt, wo die Grenze des Klubzwangs ist. Wenn es um die Auslieferung eines oppositionellen Abgeordneten geht, dann gibt es keinen Klubzwang, dann geht man von der grundsätzlichen Meinung, daß Immunität ein unverzichtbares Recht des Parlaments ist, schon ab. Auch Sie sind sitzen geblieben, Frau Präsident, als es um die Frage gegangen ist, ob Manfred Srb, der Mann im Rollstuhl, zu politischen Zwecken oder zu privaten Zwecken auf die Pyhrn Autobahn gefahren ist. Auch Sie haben gemeint: Offensichtlich nicht zu politischen Zwecken, sondern zu privaten Zwecken. Das hat mich sehr erstaunt. (Abg. Dr. Marga Hubinek: Das war das Verhalten Ihres Redners!) Bei uns entsteht der Eindruck, daß Sie bewußt mit der Opposition und mit dem Kleinen so umgehen.

Natürlich kann man auch die Frage der Immunität und der Auslieferung in der Art behandeln, daß die Großen zeigen: Wir können euch ausliefern, wenn wir wollen! Wir können das Instrument gegen euch verwenden! Und da bitte ich Sie: Versetzen Sie sich in unsere Lage und bemühen Sie sich, unsere Sensibilität zu verstehen. (Abg. Dr. Schwimmer: Einen Menschen mit einem negativen Krawattenzwang kann man nicht ernst nehmen!) Herr Abgeordneter Schwimmer! Für Sie ist offenbar das größte Problem die Frage, ob ein Mensch eine Krawatte umbindet oder nicht. (Beifall bei den Grünen.) Die Fragen der Demokratie, die Fragen der Minderheiten und deren Behandlung sind für Sie offenbar kein besonderes Problem, dar-

Mag. Geyer

über lachen Sie die ganze Zeit und machen Witze. *(Anhaltende Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem der Abgeordnete Pilz bestraft worden war, weil er das als Antisemitismus bezeichnet hat, was Antisemitismus wirklich ist, hat sich ein sehr merkwürdiger Vorfall ereignet; ich habe es so auf dem Gang erzählt bekommen. In den Gesprächen mit den anderen Parteienvertretern hat man uns zu verstehen gegeben, daß wir uns von dieser Äußerung des Abgeordneten Pilz distanzieren mögen, andernfalls würde das Konsequenzen bei der Geschäftsordnungsreform haben können, dann sei es nicht mehr sicher, ob tatsächlich das Antragsrecht von derzeit acht Abgeordneten auf fünf Abgeordnete gesenkt wird.

Das ist ein sehr merkwürdiges Verständnis von Demokratie. Wenn sich ein Abgeordneter unbotmäßig verhält, dann wird das zum politischen Kleingeld umgemünzt, dann wird es ihm heimgezahlt, dann wird ihm gezeigt, wo sein Stellenwert ist, und dann wird auch gezeigt, was Grundsätze sind und worum es Ihnen bei der Geschäftsordnungsreform wirklich geht.

Die große Geschäftsordnungsreform ver dünnt sich immer mehr, und das, was derzeit zur Verhandlung steht, ist mehr als mickrig. Von der groß angekündigten Stärkung der Minderheitsrechte, von der groß angekündigten Demokratisierung ist ganz, ganz wenig geblieben. Eines der wenigen übriggebliebenen Dinge ist die Absenkung des Antragsrechtes auf Klubstärke. Mit dieser Karotte, die für uns schon recht schmackhaft ist, das gebe ich zu, wollen Sie Handel treiben, wollen Sie Abgeordnete disziplinieren und bewirken, daß wir genau das sagen, was Sie hören wollen, und das Unangenehme weglassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich verstehe schon, daß die grüne Opposition Ihnen unangenehm ist und daß Sie sie als die einzig wirkliche Opposition ansehen. *(Abg. Dr. Schwimmer: So sind Sie uns überhaupt nicht unangenehm!)* Ich verstehe schon, daß Sie mit den Kollegen von der Freiheitlichen Partei besser auskommen, weil diese die Dinge in vielen Bereichen anders und viel weniger grundsätzlich sehen. Ich verstehe schon, daß wir Ihnen wehtun, zum Beispiel im Landesverteidigungsausschuß. Ursprünglich wollten Sie uns heute bei der Wahl auch aus dem Landesverteidigungsausschuß hinauswählen. Ich verstehe schon, daß es Ihnen äußerst unangenehm ist, wenn die Waffen-

schiebereien in den Golfkrieg immer wieder thematisiert werden, wenn das Thema politische Verantwortung für diese Waffenschiebereien von uns immer wieder aktualisiert wird, wenn es eine Oppositionspartei gibt, die hier überhaupt nicht lockerläßt und überhaupt keine Kompromisse schließt und überhaupt nicht bereit ist, Abstriche zu machen.

Sie wollten uns auch aus dem Innenausschuß draußen haben, zumal wir immer wieder die unangenehmen Fragen stellen: Wie wird bei uns Polizeigewalt kontrolliert? Wie schaut es aus mit dem Sicherheitsbericht, der heute zugewiesen wird und der sich nur auf die gerichtlichen Strafsachen beschränkt, nicht aber darauf, daß in Österreich mehr Menschen von Polizeibehörden, von Verwaltungsbehörden eingesperrt werden als von Gerichten, daß mehr Menschen ihrer Freiheit beraubt werden, ohne daß sie ein faires Verfahren haben, ohne daß ein öffentliches Verfahren abgeführt worden ist, ohne daß ein Verfahren nach der Menschenrechtskonvention abgeführt worden ist? Daß diese Fragen immer wieder gestellt werden, das ist Ihnen sichtbar unangenehm. Und das ist genau der Grund, warum Sie heute einen Teil der Ausschüsse so festsetzen wollen, daß die grüne Opposition, die unangenehme Opposition, nicht mehr dabei ist. *(Abg. Dr. Schwimmer: Wir sind nicht für ihre Säuberungsaktion verantwortlich!)*

Herr Abgeordneter Schwimmer! Sie wissen genauso gut wie ich, daß die Ausschußstärke so festgelegt werden kann von der Mehrheit, daß wir im Ausschuß drinnen sind oder daß wir nicht im Ausschuß drinnen sind. Und die Frage ist, Herr Abgeordneter Schwimmer: Akzeptieren Sie, daß eine neue Oppositionspartei, daß Abgeordnete, die von 220 000 Wählern gewählt worden sind, um hier neue politische Ideen einzubringen, auch im Ausschuß etwas zu sagen haben? Akzeptieren Sie, daß wir Informationen bekommen, daß wir mit dem Minister sprechen können, daß wir den Minister fragen können, daß wir letztlich unsere Aufgabe als Abgeordnete und als Parlamentarier überhaupt durchführen können, oder wollen Sie uns mit Ihrer Mehrheit zeigen, daß Sie sich die Opposition schaffen können und abschaffen können, die ihnen angenehm beziehungsweise unangenehm ist? *(Abg. Dr. Keller: Sie glauben, die Mehrheit stockt die Ausschüsse für Sie auf! — Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend):* Meine Damen und Herren! Die Rednerliste ist nicht geschlossen. Wenn Sie wollen, können

Präsident

alle Argumente vom Rednerpult aus vorgebracht werden.

Am Wort ist Herr Abgeordneter Geyer.

Abgeordneter Mag. Geyer (*fortsetzend*): Herr Abgeordneter Dr. Keller! Die Geschäftsordnung kennen wir beide in diesem Punkt, glaube ich, ganz gut. Wenn sich die Klubstärke verändert, egal, ob bei uns oder bei Ihnen einer ausscheidet, dann müssen die Ausschüsse ihrer Zahl nach neu festgesetzt werden. Es kann auch die gleiche Zahl wie früher bestimmt werden, aber sie müssen neu bestimmt werden. Und Sie können die Zahl jetzt so bestimmen, daß die Opposition, die grüne Opposition, wieder dabei ist. Das haben Sie, die Mehrheit, in der Hand. Sie können die Ausschüsse aber auch so bestimmen, daß wir draußen sind. Und Sie legen die Zahl in Teilbereichen eben so fest, daß wir nicht dabei sind. Und darum geht es. Sie verhindern, daß die Opposition überall, auch in jedem Ausschuß, ihre Tätigkeit durchführen kann. (*Abg. Dr. Keller: Sie wissen ganz genau, daß ich persönlich dafür bin, daß aufgestockt wird! Aber Sie halten hier eine Rede, als wäre die Mehrheit gegen Sie! Das ist ja nicht wahr!*)

Herr Dr. Keller! Ich gebe schon zu, daß ich besonders empfindlich bin. (*Abg. Dr. Jolanda Offenbeck: Sie werden alle verärgern, sodaß sie nicht zustimmen!*) Herr Dr. Keller! Es mag auch sein, daß ich gelegentlich Motive unterstelle, die bei dem einen oder anderen von Ihnen gar nicht vorhanden sind. Warum nicht! Kann sein, daß ich mich irre. Ich sehe es eben so. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Ich war in der letzten Sitzung des Innenausschusses, aus dem wir auch hätten hinausfliegen sollen. Besprochen worden ist eine Novelle zum Vereinsgesetz (*Abg. Elmekker: Und im Unterausschuß waren Sie nicht!*) mit großen Vorhaben: Wir liberalisieren, wir vereinfachen. Darin verpackt war eine besondere Kleinigkeit, Herr Dr. Keller. Es war die Kleinigkeit verpackt, daß Sie die einzige Möglichkeit, in Österreich ohne vorhergehende Anmeldung bei der Polizei eine öffentliche Vereinsversammlung abzuhalten — ohne etwas genehmigen lassen zu müssen und ohne daß die Polizei von vornherein so eine Versammlung verhindern kann —, herausstreichen wollten. Sie wollten wieder ein Stück Demokratie herausstreichen. Vielleicht war diese Bestimmung nicht allen Mitgliedern des Ausschusses überhaupt bewußt. Das ist durchaus denkbar. Bewußt war sie dem einzigen grünen Abgeordneten, der dort gesessen ist und der darauf aufmerksam

gemacht hat. Ich war es. Gott sei Dank hat sich die Mehrheit dieser Argumentation und diesem Bewußtmachen angeschlossen und das Vereinsgesetz in einer anderen Form beschlossen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Und das soll jetzt nicht mehr sein! Die Möglichkeit wollen Sie nicht mehr schaffen. Sie sind im Ausschuß sowieso die Mehrheit, Sie haben ohnedies zehn, elf, zwölf Leute von Ihrer Partei in jedem Ausschuß. (*Abg. Steinbauer: Wer hat ausgeschlossen?*) Warum wollen Sie den einzigen, mit der FPÖ die zwei, die eine andere Meinung vertreten, nicht einmal anhören? Abstimmen können Sie dann, wie Sie wollen. (*Abg. Dr. Keller: Wird der Innenausschuß aufgestockt oder nicht?*) Der Innenausschuß schon. (*Abg. Dr. Keller: Warum reden Sie dann davon? — Lebhaftes Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Aus fünf anderen Ausschüssen werden Sie uns rauswählen. Und da, Herr Dr. Keller, werde ich nicht mitmachen. (*Abg. Ing. Helbich: Das ist eine Zumutung!*)

Ich möchte abschließend noch einen Satz zu der schwierigen Position sagen, die uns ... (*Anhaltende lebhaftes Zwischenrufe. — Der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen. — Abg. Dr. Schwimmer: Kein „Fall für den Staatsanwalt“!*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Damen und Herren! Es sind anschließend noch die Vertreter aller Fraktionen zu Wort gemeldet. Ich nehme an, daß die dann die Argumente vorbringen können. (*Fortgesetzte lebhaftes Zwischenrufe. — Der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen.*)

Am Wort ist Herr Abgeordneter Geyer.

Abgeordneter Mag. Geyer (*fortsetzend*): Ich möchte abschließend einen Satz zu der schwierigen Position unserer Klubobfrau in den letzten Tagen sagen, die die undankbare Aufgabe gehabt hat, auf das Verlangen zu reagieren: Wenn wir dem Ausschluß aus fünf Ausschüssen zustimmen, wenn wir uns sozusagen freiwillig ausschließen lassen (*Abg. Dr. Kohlmaier: Ihr habt euch selbst ausgeschlossen!*), dann kann man über die Zahl reden, dann kann man darüber reden, aus welchen Ausschüssen wir rausfliegen. (*Abg. Dr. Puntigam: Sie haben den Buchner ausgeschlossen und machen uns verantwortlich!*)

Das ist eine sehr unangenehme Situation, weil für mich die Frage der Minderheits-

Mag. Geyer

rechte nicht die Frage der Packelei und des politischen Kleinhandels sein kann. *(Abg. Weinberger: Sie haben ausgeschlossen! Warum reden Sie da überhaupt?)*

In dieser schwierigen Situation hat unsere Klubobfrau die Meinung vertreten: Es ist besser, wir fallen aus nicht allzu vielen Ausschüssen raus und nur aus denen, wo es uns am wenigsten weh tut. — Ich respektiere diese Meinung, teilen kann ich sie nicht. *(Beifall bei den Grünen. — Lebhaftes Zwischenrufe.)* 19.24

Präsident *(das Glockenzeichen gebend):* Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich doch eine grundsätzliche Feststellung vom Vorsitz aus treffen.

Der vorsitzführende Präsident mischt sich einer alten Tradition zufolge nicht in die Verhandlungen ein. Er soll es nicht, um die unabhängige Vorsitzführung zu garantieren und zu gewährleisten.

Das Pendant dazu ist, daß Entscheidungen des vorsitzführenden Präsidenten auch in der Vergangenheit nicht als Argument in der Debatte verwendet werden, denn sonst müßte ich in der Präsidialkonferenz die Frage stellen, ob die Klubobmänner der Meinung sind, daß die Vorsitzführung der Präsidenten korrekt war. — Das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen.

Am Wort ist nunmehr Herr Abgeordneter Dr. Fischer.

19.25

Abgeordneter Dr. Fischer (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu Beginn einer Legislaturperiode wird normalerweise versucht, einen Konsens darüber zu erzielen, wie man die Ausschüsse des Nationalrates zusammensetzt. Es ist mir von keiner Gesetzgebungsperiode seit 1945 bekannt, daß dieser Versuch nicht gelungen ist, und zwar unter voller Bedachtnahme auch auf Interessen kleiner Fraktionen, wobei kleine Fraktionen seit 1945 manchmal in allen Ausschüssen vertreten waren, manchmal in einer Gruppe von Ausschüssen vertreten waren und in anderen nicht, wenn die Proportion es für zweckmäßig erscheinen ließ, daß in einigen Ausschüssen nicht alle Fraktionen vertreten sind. — Ähnliches gibt es auch in manchen österreichischen Landtagen.

Wir haben uns zu Beginn dieser Legislaturperiode in voller Harmonie auf eine Zusammensetzung der Ausschüsse geeinigt, die davon ausgeht, daß die Wähler eine Entschei-

dung getroffen haben, die, umgesetzt in Mandate, zu 80 Mandaten der SPÖ, zu 77 der ÖVP, zu 18 der FPÖ und zu 8 der Grünen geführt hat.

Die grünen Abgeordneten mit 8 Mandaten sind, ihrer Wählerstärke entsprechend, in allen Ausschüssen des Nationalrates, vom Außenpolitischen Ausschuß bis zum Hauptausschuß, vom Immunitätsausschuß bis zum Unvereinbarkeitsausschuß vertreten gewesen.

Ich muß wirklich heftig dagegen protestieren — bei aller Sachlichkeit, um die ich mich bemühen werde, und bei allem Bemühen, mich nicht provozieren zu lassen, und bei aller Bitte zumindest an die beiden Regierungsfraktionen, sich ebenfalls nicht provozieren zu lassen —, daß die grünen Abgeordneten einen ihrer Mandatäre ausschließen und uns dann demokratiefeindliches Verhalten vorwerfen. *(Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die grüne Fraktion repräsentiert ... *(Abg. Wabl: Ist es undemokratisch, jemanden auszuschließen? — Abg. Freda Blau-Meissner: Olah! Haben Sie den Olah ausgeschlossen oder nicht? — Abg. Elmecker: Aber wir haben nicht den anderen die Schuld gegeben!)*

Nein, Kollege, es ist nicht undemokratisch, jemanden auszuschließen, aber es ist undemokratisch ... *(Neuerliche Zwischenrufe.)* Die grüne Fraktion repräsentiert ungefähr ein Dreiundzwanzigstel der Abgeordneten dieses Hauses. Der Abgeordnete Buchner repräsentiert ungefähr ein Achtel Ihrer Fraktion. Und Sie schließen ein Achtel Ihrer Fraktion aus und wollen uns undemokratisches Verhalten vorwerfen, wenn wir einem Dreiundzwanzigstel dieses Hauses durch 17 Aufstockungsbeschlüsse die Möglichkeit einräumen, in 17 Ausschüssen weiter tätig zu sein, in denen Sie an sich nicht tätig sein könnten, wenn man auf Ihren Beschluß damit reagiert, daß man sagt: Die Ausschußstärke ist einvernehmlich festgelegt, und dabei soll es bleiben!

Glauben Sie mir, meine Damen und Herren, ich möchte nicht wissen, ob man mit einer Gesinnung, die dazu führt, daß man ein Klubmitglied einfach ausschließt und es damit aller Rechte, sämtlicher Rechte, jeglichen Rechtes beraubt, dann auch bereit wäre, einem Dreiundzwanzigstel der Abgeordneten jene Aufstockungsbeschlüsse nach so einer Rede zur Verfügung zu stellen, wie — ich plädiere nach wie vor dafür — wir sie heute fas-

Dr. Fischer

sen werden, meine Damen und Herren. *(Anhaltender Beifall bei SPÖ und ÖVP. — Abg. Wabl: Was ist undemokratisch daran, wenn man jemanden ausschließt? — Abg. Steinbauer: Wenn Sie das noch immer nicht begriffen haben! — Weitere Zwischenrufe.)*

Herr Kollege Wabl! Ich will ja nicht Öl ins Feuer gießen, aber wenn es nicht problematisch ist, sich von einem Klubmitglied zu trennen und es aller Rechte im Klub zu berauben, warum soll es denn dann problematisch sein, zu sagen, wir bleiben bei den vereinbarten Ausschußstärken, wie sie zu Beginn dieser Legislaturperiode einvernehmlich beschlossen wurden?

Es bedarf ja eines eigenen Beschlusses, um zu sagen, wir wollen die Entscheidung der Grünen, daß sie einen ihrer Fraktion ausgeschlossen haben, dahin gehend korrigieren, daß wir dennoch in vier Fünftel aller Ausschüsse eine Mitarbeit der Grünen ermöglichen, indem wir die Ausschüsse aufstocken, was ja auch nicht so ohneweiters und ohne zusätzliche Mehrbelastung für die beiden großen Fraktionen möglich ist. Mit diesem Beschluß müssen wir zusätzlich 17 Abgeordnete verpflichten, die Rechte und Pflichten eines Ausschußmitgliedes wahrzunehmen, meine Damen und Herren.

Wenn Sie auf die Idee kommen sollten, ein weiteres Abgeordnetenmitglied Ihres Klubs auszuschließen, muß ich Sie fragen: Wissen Sie, was das bedeuten würde? Nach Ihrer Philosophie müßten wir wieder aufstocken, und nach Ihrer Philosophie müßten wir 23 Ausschüsse zu je 30 Mitgliedern beschicken. Glauben Sie, daß das in irgendeinem Parlament so gehandhabt wird? Und dafür muß man sich noch Vorwürfe machen lassen und sich undemokratisches Verhalten vorwerfen lassen. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Ich glaube, man sollte Augenmaß haben für die Rechte und Pflichten der Mehrheit und für die Rechte und Pflichten der Minderheit. Man sollte das vernünftig gegeneinander abwägen.

Aber was soll denn eine Diskussion, in der der Abgeordnete Geyer ein Viertel seiner Redezeit dafür verwendet, um zu sagen, daß man über jedes Thema reden können soll. *(Abg. Mag. Geyer: Im Ausschuß!)* Ja können Sie in diesem Haus über jedes Thema reden oder können Sie das nicht, meine Damen und Herren? Sie können über jedes Thema reden, und ich bin auch für den Grundsatz: Ich lehne

ab, was du sagst, aber ich kämpfe dafür, daß du es sagen kannst. Aber wir lassen uns nicht vorwerfen, daß man in diesem Haus nicht jede Meinung vertreten kann. Man kann sogar seine Meinung ändern in diesem Haus. Auch das macht uns zu schaffen, daß es gar nicht so leicht ist, bestimmte Vereinbarungen zu treffen, wenn sich die Umstände dann wieder ändern.

Ich hoffe und ich bitte — jedenfalls meine Fraktion —, daß wir bei folgendem Prinzip bleiben:

Die grüne Fraktion hat einen Abgeordneten ausgeschlossen, sie hat daher nur mehr sieben Abgeordnete. Es bedarf aber für jeden einzelnen Ausschuß eines Beschlusses auf Aufstockung. Das bedeutet einen vermehrten Arbeitsumfang für die Mitglieder meiner Fraktion und wohl auch für jene der ÖVP, damit die Pflichten im Ausschuß wahrgenommen werden. Wir haben nach schwierigen Verhandlungen und bei durchaus nicht übereinstimmender Beurteilungslage in den Klubs die Regelung vorgeschlagen, daß wir etwas Ähnliches tun, was es — ich glaube, es war in der XI. Gesetzgebungsperiode — schon gegeben hat, als die Freiheitliche Partei mit sechs beziehungsweise sieben Abgeordneten — bei damals 165 Abgeordneten — im Parlament vertreten war und als wir einvernehmlich eine Gruppe von Ausschüssen bestellt haben, in denen alle Fraktionen des Nationalrates vertreten waren, und eine Gruppe von Ausschüssen, in denen nur die größten Fraktionen des Nationalrates vertreten waren.

Ich sage noch einmal: Solche Regelungen gibt es auch in einzelnen österreichischen Landtagen.

Wir haben jetzt versucht, eine ähnliche Regelung zu finden. Und wir haben in einem Punkt sogar nachgegeben, indem wir gesagt haben: Um welche Ausschüsse es sich dabei handelt, soll in erster Linie die betroffene Fraktion selbst entscheiden.

Daher lauten die Anträge heute: den Hauptausschuß unverändert zu lassen, weil dort ohnehin 27 Mitglieder sind, von den restlichen 22 Ausschüssen für 17 Ausschüsse — trotz der Rede des Kollegen Geyer — einen Aufstockungsbeschluß zu fassen und bei 5 Ausschüssen die Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen, daß Sie einen Ihrer Abgeordneten ... *(Abg. Wabl: Trotz der Rede des Herrn Geyer? — Heiterkeit. — Abg. Dr. Puntigam: Der hat ja auch keine Narrenfreiheit!)* Genauso habe ich es gemeint; daß wir trotz

Dr. Fischer

der Rede des Kollegen Geyer bei der Absicht bleiben, für 17 Ausschüsse Aufstockungsbeschlüsse zu fassen und bei 5 Ausschüssen die Konsequenzen zu ziehen, die sich aus der Geschäftsordnung ergeben, wenn sich nach dem d'Hondtschen System eine Partei selbst um ein Achtel amputiert hat, nämlich die Konsequenz, daß diese Partei in einem Ausschuß nicht mehr vertreten ist.

Ich würde das Hohe Haus bitten — ich weiß, daß in der Präsidialkonferenz für diese Vorgangsweise an sich ein hohes Maß an Verständnis vorhanden war, um es vorsichtig zu formulieren —, in diesem Sinn Beschluß zu fassen. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)* 19.34

Präsident: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Haider. Ich erteile es ihm.

19.35

Abgeordneter Dr. Haider (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich kann an das anknüpfen, was Klubobmann Dr. Fischer in einem historischen Hinweis angemerkt hat. Er hat gemeint, es habe in diesem Haus schon einmal Situationen gegeben, wo es nach der Verteilung der Mandate einer kleineren Fraktion, das war damals die Freiheitliche Partei, nicht zugestanden ist, in allen Ausschüssen tätig zu werden. Wir wissen daher sehr gut, wie hart und bedrohlich es für eine politische Gruppe ist, die weder in der Regierung ist noch die für die in der Geschäftsordnung verankerten gesetzlichen Möglichkeiten die erforderlichen Mandate mitbringt, um das als Opposition ausschöpfen zu können, hier sozusagen ständig eine Zwitterfunktion zu beobachten: Man darf zwar im Parlament sein, man hat aber nicht die vollen Möglichkeiten, mitzuarbeiten, um auch den Beweis anzutreten, daß man bereit ist, alle entsprechenden Initiativen auch selbst in den Ausschüssen mit zu vertreten.

Daher beurteilen wir Freiheitlichen die Frage der Minderheitsrechte oder, wie wir korrekterweise sagen, der Oppositionsrechte gerade im Hinblick auf eine große Koalition, die es nun einmal seit dem Jahre 1987 in Österreich wieder gibt und die eine breite Basis der Abgeordneten im Parlament abdeckt, doch etwas anders und differenzierter, als das vielleicht die Vertreter der Regierungsfractionen tun.

Ich möchte aber festhalten und an die Adresse des Kollegen Geyer sagen: Ich halte es für eine schlechte Vorgangsweise, Kollege Geyer, wenn man hier im Bewußtsein, daß es

eigentlich um ein Maximum an Konsens und demokratiepolitischer Aufgeschlossenheit anderer Fraktionen geht, hergeht und noch auf den Tisch haut, als hätte man hier Forderungen zu deponieren. Ich glaube, daß man da den Bogen nicht überspannen sollte, weil sich die grün-alternative Fraktion die Grube, in der sie nun einmal sitzt, ja selbst gegraben hat. Da hat ja nicht der Wähler die Schuld.

Es ist vielleicht eure Schuld, weil die Wähler im unklaren gelassen worden sind, daß sie am 23. November eigentlich zwei verschiedene Parteien gewählt haben, von denen sich ein Teil jetzt bereits verabschiedet hat. Vielleicht kommt der andere nach, sodaß dann die beiden Parteien fein säuberlich getrennt hier im Hohen Haus agieren werden. Die Vereinten Grünen auf der einen Seite, die Alternative Liste auf der anderen Seite, die ja nicht unmittelbar eine wirkliche Umweltbewegung in ihrer Gründungsphase dargestellt hat.

Nun muß das Parlament diese Situation des Auseinanderlebens von zwei Parteien, die eine Fraktionsgemeinschaft bezogen haben, bewältigen. Und wir haben uns bemüht, das hier wirklich korrekt zu erledigen und auch den Konsens mit der Fraktion der Grün-Alternativen herzustellen.

Neuning hat schon irgendwie recht, wenn er in einem Interview gesagt hat: Na ja, die Partie ist an und für sich hin, denn mit dem Buchner-Ausschluß ist der Doppelselbstmord vollzogen worden.

Ich glaube auch, daß das psychologisch hier zum Ausdruck gekommen ist. Denn wenn man hier Minderheitsrechte einmahnt und von Demokratie redet, die einem vorenthalten wird, dann darf man nicht selbst so intolerant sein, daß dann, wenn der ausgeschlossene Kollege das erstmal im Hohen Haus alleine Stellung nimmt, die gesamte Fraktion das Plenum fluchtartig verläßt. Meine Freunde, das war auch symptomatisch für die Toleranz oder für die Intoleranz, die ihr an den Tag legt, wenn es darum geht, einem zuzuhören, der zwar nicht mehr einer von euch ist, dem ihr aber bisher begeistert Beifall geklatscht habt, solange er nach eurer Pfeife getanzt hat. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Das möchte ich schon sagen, damit keine falschen Bilder entstehen: Ich habe fast das Gefühl, daß die Debatte hier geführt werden soll, damit möglichst die anderen Fraktionen sagen: Nein, jetzt sind wir überhaupt nicht mehr bereit, irgend etwas zu machen!, denn dann habt ihr euer Ziel erreicht, daß ihr näm-

Dr. Haider

lich hier herinnen sitzen könnt, einen gewissen Aktionismus an den Tage legen könnt, aber nichts arbeiten müßt. Ich bin dafür, daß ihr arbeiten sollt, denn wer herinnen sitzt, soll auch in den Ausschüssen arbeiten, wo die Arbeit viel mühsamer und viel beschwerlicher ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wir sind bereit, ein Maximum an Entgegenkommen zu beobachten, weil wir wissen, daß man in Krisensituationen nicht die Situation verschärfen soll, wenn es Lösungen gibt. Daher ist die heutige Frage, ob man nur einen Teil der Ausschüsse aufstockt oder alle, zum einen eine Grundsatze Frage und zum anderen in sich dann nicht schlüssig, Kollege Fischer, wenn die grüne Fraktion auch schriftlich mitteilt, daß das Ausschließen von fünf Ausschüssen gegen ihren Willen erfolgen würde.

Wir sind bei den Verhandlungen auch in der Präsidiale davon ausgegangen: Wenn es einen Konsens mit der grün-alternativen Fraktion gibt, daß sie bereit ist, auf einen Teil der Ausschüsse freiwillig zu verzichten, dann kann man eine solche Vorgangsweise vornehmen. Wenn sie aber gegen ihren Willen erfolgt, dann sollte man überlegen, ob es einem dann die Debatte wert ist, zwar den Großteil der Ausschüsse aufzustocken, aber ein paar Ausschüsse nicht nachzubersetzen. Dann muß man sich wirklich fragen: Nach welchen Gesichtspunkten gehen wir vor?

Ich bin der Meinung: Wenn wir ernsthaft die Absicht haben, daß die Grünen mitbestimmen, daß sie in den Ausschüssen mitarbeiten sollen, dann gibt es also, ohne daß man den Konsens überstrapaziert, nur die Möglichkeit: alle Ausschüsse oder gar kein Ausschuß!, und man beläßt es so, wie es in der Geschäftsordnung drinnen ist.

Ich bin daher mit meiner Fraktion der Meinung, daß es vernünftiger wäre, alle Ausschüsse aufzustocken. Damit ist sicherlich eine Mehrarbeit für einige Fraktionskollegen von den beiden Großparteien verbunden, aber in Wirklichkeit macht das das Kraut auch nicht mehr fett. Daher wäre es sinnvoll, insgesamt aufzustocken oder diesen Weg überhaupt nicht zu beschreiten.

Ich möchte aber die Debatte, meine Damen und Herren, auch zu der Anmerkung noch nützen, daß sich die große Koalition hier im Hohen Haus schon bewußt sein sollte, daß es eigentlich nach wie vor ein ungeklärtes Verhältnis zwischen Opposition und Regierung

gibt. *(Abg. Dr. Schüssel: Nein! Überhaupt nicht! Das hat damit nichts zu tun!)*

Wir sind uns alle bewußt, daß es eine wirklich breite Basis von der zahlenmäßigen Mehrheit der Regierungsparteien im Parlament und in den Ausschüssen gibt. Und wir sind uns auch bewußt, daß die Geschäftsordnung, wie sie derzeit existiert, eigentlich die Oppositionsrechte sehr hoch ansetzt. Man wird also sicherlich noch einige Zeit warten müssen — die nächsten Nationalratswahlen kommen —, bis wir so stark sind, daß wir das, was jetzt in der Geschäftsordnung vorgesehen ist, aus eigenem auch in Anspruch nehmen können.

Aber es sollte doch jetzt die Gelegenheit gegeben werden, auch im Zuge der noch laufenden Geschäftsordnungsverhandlungen wirklich darüber nachzudenken, ob man nicht die entscheidenden Oppositionsrechte, etwa das Recht der dringlichen Anfrage, so organisieren sollte, daß sie eine der beiden Oppositionsfraktionen in Anspruch nehmen kann, und ob man nicht auch die Frage der Sonderprüfungsaufträge an den Rechnungshof und entsprechende Untersuchungsmaßnahmen den Oppositionsfraktionen erleichtern sollte, um hier keine Abhängigkeit der Kontrolle von der Regierung und von der Zustimmung der Regierungsfaktionen herbeizuführen. *(Abg. Steinbauer: Dann darfst du den Ofner nicht ausschließen!)*

Ich würde ersuchen — auch aus Anlaß dieser Debatte —, sich schon im klaren darüber zu sein, daß es nicht so sonnig für die Opposition hier im Hohen Haus ist, mit der Geschäftsordnung zu arbeiten, weil Barrieren eingezogen sind, die es geradezu unmöglich machen, hier wirklich die Oppositionsrechte auszuschöpfen. Das Gnadenbrot der Regierung will im Grunde genommen keine Oppositionspartei verabreicht bekommen, daher sind wir dafür, daß man der gespaltenen grün-alternativen Gruppierung die Möglichkeit bietet, in allen Ausschüssen vertreten zu sein. Dort können sie beweisen, daß sie arbeiten. Wenn wir sie draußen lassen, haben sie eine gute Ausrede, wenn sie nichts arbeiten. *(Beifall bei der FPÖ.)* 19.44

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau Abgeordnete Blau-Meissner gemeldet. Ich erteile ihr das Wort. Redezeitlimit: fünf Minuten.

19.44

Abgeordnete Freda Blau-Meissner (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Freda Blau-Meissner

Herr Klubobmann Dr. Haider sitzt einem ewigen Irrtum auf, den ich endlich einmal hier in aller Öffentlichkeit korrigieren muß. Er meint, die Grün-Alternative bestehe aus zwei Parteien. *(Rufe: Drei? Vier?)*

Es ist einfach falsch: Vier Mitglieder unseres Klubs waren nie Mitglied der Alternativen Liste, das bin zum Beispiel ich, das sind Dr. Pilz, Mag. Geyer und Herr Smolle.

Ich bin schon im Präsidentschaftswahlkampf angetreten als die grüne Kandidatin und nicht als Kandidatin einer grünen Partei, ich bin als Person gewählt worden. *(Abg. Dr. Ettmayer: Eben nicht gewählt worden!)* Und so ist es beim Herrn Geyer und bei den anderen. Ich möchte das einmal klarmachen: Es sind zwei Mitglieder der Alternativen Liste hier und zwei Mitglieder der Vereinten Grünen. *(Abg. Staudinger: Berichtigung zum Debattenbeitrag! — Abg. Dr. Blenk: Dann gibt es doch mehrere Gruppierungen! — Zahlreiche weitere Zwischenrufe.)*

Präsident: Frau Abgeordnete Blau-Meissner! *(Die Rednerin will fortsetzen, der Präsident schaltet das Mikrophon wieder um, doch auf die auftretende allgemeine Heiterkeit unterbricht die Abgeordnete.)* Moment, Frau Abgeordnete! Ich wollte Ihnen zu Hilfe kommen und sagen, warum ich das tue. Sie gehören zu jenen Abgeordneten, die die wenigsten Zwischenrufe machen. Ich nehme solche Abgeordneten gegen Zwischenrufe daher etwas stärker in Schutz als andere. — Bitte Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

Abgeordnete Freda Blau-Meissner *(fortsetzend):* Ich danke für die Freundlichkeit, Herr Präsident! Ich habe nicht mehr viel zu sagen *(Heiterkeit)*, aber ich möchte ganz gerne, daß einmal klar wird, daß hier Propaganda gemacht wird mit Schlagwörtern, die einfach nicht stimmen, was nur in der Absicht geschieht, anderen Leuten zu schaden. Es ist in bester Ordnung: Die Alternative Liste ist eine grüne Bewegung und ist als Umweltbewegung angetreten. Zwei ihrer Mitglieder sind bei uns in der Fraktion, und vier Mitglieder sind nirgends Mitglied. — Danke. *(Beifall bei den Grünen.)* 19.46

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. König. Ich erteile es ihm.

19.46

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Mag. Geyer hat sich hier beklagt, daß der grünen Fraktion das Antragsrecht genom-

men würde. Das ist eine eklatante Unwahrheit.

Herr Abgeordneter Geyer! Diese Frage steht überhaupt nicht zur Debatte. Wir behandeln hier die Wahl der Ausschüsse. Die Geschäftsordnung, die gilt und die nicht verändert wird — das möchte ich betonen, wir ändern nicht die Geschäftsordnung —, sieht das Antragsrecht mit acht Abgeordneten vor. Sie haben durch den Ausschluß des Abgeordneten Buchner Ihre Antragsberechtigung selbst in Frage gestellt. Aber bitte, das ist gar nicht das Thema, das wir jetzt hier behandeln. Sie haben das wahrscheinlich mit gutem Grund getan, um abzulenken von dem, was eigentlich heute zur Debatte steht.

Herr Abgeordneter Geyer! Sie beklagen sich, daß in diesem Hause die beiden großen Parteien gegenüber der Minderheit nicht konzessionsbereit wären, daß sie nicht demokratisch wären. Tatsache ist, daß das, was heute beschlossen werden soll, nichts anderes ist als das, was es in der Vergangenheit bereits gegeben hat, denn wenn wir zurückblicken, sehen wir, daß die Freiheitliche Partei mit sechs Abgeordneten von 165 auch nicht in allen Ausschüssen vertreten war. Dasselbe soll heute für 7 von 183 Abgeordneten gelten. Das bedeutet, diese Maßnahme ist keine Diskriminierung der Grünen, sondern entspricht der herrschenden Praxis dieses Parlaments.

Warum gibt es diese Praxis? — Es gibt diese Praxis einfach deshalb, weil es Grenzen der Belastbarkeit auch des einzelnen Abgeordneten gibt. Kollege Fischer hat sehr zu Recht darauf hingewiesen, daß wir mit der Bereitschaft, Ihretwegen 17 Ausschüsse auf 25 Abgeordnete aufzustocken, 17 Abgeordnete zusätzlich verpflichten müssen, aus allen Bundesländern nach Wien zu kommen, nur, um jenes Präsenzquorum sicherzustellen, das sich zwingend ergibt, wenn wir Ihre Vertretung in diesen Ausschüssen erhalten wollen.

Das heißt, wir, die großen Regierungsparteien, haben in Ihrem Interesse, im Interesse der Mitwirkung der grünen Fraktion in immerhin 17 von 23 Ausschüssen, die Erschwernis unseren Abgeordneten zugemutet, daß sie zusätzlich die Anwesenheit in den Ausschüssen auf sich nehmen. Sie werden verstehen, nicht alle können dann aktiv im Ausschuß wirken, sondern sie müssen kommen, um das Präsenzquorum sicherzustellen und Ihrem Vertreter die Möglichkeit zu geben, in diesen 17 Ausschüssen zu arbeiten. Ich finde, daß das äußerst demokratisch ist und daß hier die großen Parteien den sichtba-

Dkfm. DDr. König

ren Beweis demokratischer Reife erbracht haben. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Sie haben Konsensbereitschaft vermißt! Herr Abgeordneter Geyer, ich glaube, hier muß man der Wahrheit die Ehre geben. Die großen Parteien sind davon ausgegangen, daß man gewisse Ausschüsse kleiner halten sollte, bei denen wir der Meinung waren, hier werde eigentlich ohnedies nur in einem sehr geringen Ausmaß von der grünen Fraktion Präsenz gezeigt beziehungsweise mitgearbeitet.

Dennoch haben wir im Sinne der Konsensbereitschaft akzeptiert, daß nicht unsere Vorstellungen maßgeblich sein sollten, sondern ihre. Die Frau Abgeordnete Meissner-Blau, Ihre Klubobfrau, hat also in der Präsidiale jene fünf Ausschüsse genannt, die die grünen Abgeordneten uns zur Verringerung vorschlugen, wenngleich sie sagte, daß Sie grundsätzlich der Auffassung wären, Sie sollten in allen vertreten sein.

Wir haben also genau jene fünf Ausschüsse genommen, die von Ihnen selbst schriftlich — schriftlich! — vorgeschlagen wurden. Ich halte das für ein sehr konsensberechtigtes und demokratisches Vorgehen. *(Abg. Steinbauer: Na da schau her!)*

Nun darf ich Ihnen noch etwas sagen: Es wurde hier vom Abgeordneten Geyer gesagt, daß der Abgeordnete Pilz von den großen Fraktionen gewissermaßen diszipliniert würde. — Mitnichten, denn es war vorgesehen, den Innenausschuß und den Landesverteidigungsausschuß nicht zu vergrößern. Dann wäre der Abgeordnete Pilz nicht mehr drinnen gewesen. Nach Ihrem Vorschlag ist das nicht der Fall, er wird also durch unsere Aufstockungsbereitschaft weiterhin drinnen sein. Ich nenne das Konsensbereitschaft, ich nenne das Bereitschaft, demokratische Gesinnung zu demonstrieren.

Und sehen Sie, daß ist beim Abgeordneten Pilz umgekehrt nicht der Fall, denn wir stellen ja fest, daß im Landesverteidigungsausschuß geradezu eine manische Ablehnung der Landesverteidigung, des Bundesheeres zur Schau gestellt wird, daß hier nicht die Bereitschaft zur Mitarbeit, zur Mitwirkung besteht, bestenfalls zur Präsenz. Dennoch haben wir Ihren Wunsch respektiert und haben uns — und das sage ich jetzt für die anwesenden beiden Klubobmänner der Regierungsparteien — über eine sehr starke Meinung unserer Fraktion hinweggesetzt.

Warum haben wir das getan? Wir haben es

getan, weil Frau Freda Meissner-Blau uns gesagt hat, daß sie, Smolle und Srb für diesen Konsens stimmen werden, weil sie ihn als Konsens betrachten, und weil uns an einem solchen Konsens gelegen ist. Wir meinen, daß es auch geschätzt werden soll, wenn ein solcher Konsens verdeutlicht und gezeigt wird. Und da unterscheiden sich diese drei Abgeordneten sehr wesentlich von dem, was der Abgeordnete Geyer hier gesagt hat.

Nun muß ich noch etwas sagen. Ich muß das an die Freiheitliche Partei richten. Meine Damen und Herren! Wir leben hier im Parlamentarismus nicht nur vom gesetzten Recht. Wir leben letzten Endes auch von der Bereitschaft, zu Vereinbarungen zu stehen. In der Präsidiale hat sich Klubobmann Dr. Haider von Klubobmann-Stellvertreter Frischenschlager als bevollmächtigtem Vertreter vertreten lassen, wie das immer der Fall ist, wenn jemand vertretungsweise in die Präsidiale kommt.

Wir sind von unseren Vorschlägen entgegen einer sehr starken und berechtigten Klubmeinung abgewichen, weil uns auch vom Klubobmann-Stellvertreter Frischenschlager gesagt wurde, daß ebenso wie Freda Meissner-Blau auch die Freiheitliche Partei diese Konsensbereitschaft anerkennt und daher dafür stimmen wird. *(Rufe bei der ÖVP: Da schau her!)* Jetzt stelle ich fest, daß der Klubobmann Haider den Klubobmann-Stellvertreter Frischenschlager glatt desavouiert.

Ich muß sagen, das bestärkt die Meinung — Herr Abgeordneter Haider, Sie sind selbst schuld —, daß die Haider-Partei nicht paktfähig ist. Wie anders soll man das bezeichnen, wenn ein bevollmächtigter Vertreter namens der Freiheitlichen Partei eine Vereinbarung trifft, die dann glatt hinweggefegt wird? — Ich finde das zutiefst enttäuschend. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Haider! Sie haben hier von der Geschäftsordnung gesprochen. Man wird sich das sehr genau ansehen müssen, denn Sie haben es nicht der Mühe wert gefunden, selbst in den Geschäftsordnungsausschuß zu gehen. Wir haben jetzt monatelang viele, viele Stunden hier gearbeitet, und Herr Abgeordneter Frischenschlager war Ihr Vertreter. Ja müssen wir jetzt daran zweifeln, daß das alles noch gilt, oder werden wir womöglich dann erleben, daß all das, was gemeinsam vereinbart wurde, wieder hinweggefegt wird?, denn der, der nicht dabei war, sagt dann: Wir entscheiden ganz anders. *(Zwischenrufe.)*

Dkfm. DDr. König

Das ist mangelnde Paktfähigkeit, das ist eine Einstellung, mit der wir hier in diesem Haus noch nicht gelebt haben und die für die Zukunft nicht sehr hoffnungsvoll ist. Man wird es sich in den entscheidenden Gremien sehr überlegen müssen, das Wort der Freiheitlichen Partei und ihres Vertreters für bare Münze zu nehmen, wenn es dann nicht gehalten wird.

Nun noch ein Wort zum Ausschluß des Abgeordneten Buchner: Meine Damen und Herren von der grünen Fraktion! Meinen Sie wirklich, daß der Ausschluß des Abgeordneten Buchner ein Zeichen der Toleranz, der demokratischen Reife, der Konsensbereitschaft, die Sie hier so angesprochen haben, darstellt?

Das Gegenteil ist wohl der Fall: Sie haben ihn nicht nur nicht ausgeschlossen, weil er irgend etwas getan hätte, sondern Sie haben ihn ausgeschlossen, weil er eine abweichende Meinung vertreten hat. (*Abg. Wabl: Nein, Herr Kollege König!*) Sie haben ihn ausgeschlossen, weil Sie die Meinungsvielfalt in Ihren eigenen Reihen nicht dulden. Sie haben ihn ausgeschlossen im Geiste der Intoleranz, und Sie haben ihn ausgeschlossen in einer Art und Weise, die einer Säuberungsaktion gleicht. Sie haben ihm das Zimmer weggenommen, das Schild abmontiert, Sie haben ihn hinausgeschmissen in des Wortes wörtlichster Bedeutung. (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Nicht einmal einen Kleiderhaken hat er!*)

Meine Damen und Herren! Wer so handelt, kann sich wirklich nicht beklagen, wenn er dann auch die Folgen seines Handelns sich selbst zuzuschreiben hat. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Wabl.*)

Es haben sich die Abgeordneten Pilz und Geyer durchgesetzt. Ob das zum Vorteil der grünen Fraktion ist, wird sich ja bald zeigen. (*Weiterer Zwischenruf des Abg. Wabl.*) Aber Sie müssen eines zur Kenntnis nehmen — und ich möchte das hier sehr deutlich unterstreichen —: Es ist nicht möglich ... (*Zwischenruf des Abg. Wabl. — Abg. Freda Blau-Meißner: Antworten Sie doch dem Wabl!*)

Herr Abgeordneter Wabl, wenn das weiter fortschreitet und wenn Sie weiterhin Ausschlüsse in Ihren Reihen vornehmen, werden Sie nicht jene Toleranz und Konsensbereitschaft finden, die Ihnen weiterhin das Verbleiben in den Ausschüssen möglich macht. Denn es gibt Grenzen der Belastbarkeit, und

wir werden sicher nicht, wenn der Abgeordnete Fux auch ausgeschlossen wird oder den Klub verläßt, in der Lage sein, auf 30 Mitglieder aufzustocken; das wird nicht möglich sein. Ich sage das ganz offen, das ist keine Drohung, das ist einfach eine Feststellung, weil es einer Überforderung der großen Parteien gleichkäme, weil wir das unseren Abgeordneten einfach nicht mehr zumuten können.

Und es klingt mir im Ohr, daß Herr Abgeordneter Fux erklärt hat: Wenn nicht bis zum Frühjahr mehr Pluralität in Ihren Reihen einzieht — das habe nicht ich gesagt, es hat Herr Abgeordneter Fux gesagt, daß er die Pluralität in Ihren Reihen vermißt —, dann würde auch er diesen Klub verlassen. Ich bin sehr gespannt, ob Sie der Forderung nach mehr Pluralität Rechnung tragen werden.

Der Ausschluß des Abgeordneten Buchner, dem sich Fux widersetzt hat, ist sicher kein Zeichen von mehr Pluralität, sondern ist das Zeichen einer Gesinnung des Säuberns, des Bereinigens, des Hinauswerfens all jener, die andere Auffassungen haben. (*Zwischenruf des Abg. Wabl.*) Das ist das Gegenteil des Geistes der Toleranz! Das ist ein Geist, den wir ablehnen in diesem Hause, und daher lassen wir uns am allerwenigsten von Ihnen undemokratische Gesinnung vorwerfen. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*) 19.58

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Buchner. Ich erteile es ihm.

19.58

Abgeordneter Buchner (keinem Klub angehörig): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es tut mir leid, daß ich Ihnen an diesem Abend noch so viel Arbeit mache. Eigentlich mache nicht ich Ihnen Arbeit, sondern meine seinerzeitigen Bündnispartner, die heute klarstellen wollen, daß es kein Bündnis gegeben hat zwischen verschiedenen Gruppierungen. Sie haben offenbar jene Verträge, die beim Innenministerium als Statut aufliegen, vergessen. (*Rufe bei der ÖVP: Da schau her!*) Aber darauf möchte ich gar nicht weiter eingehen, denn das erweckt sicher nicht Ihr Interesse. Das sind unsere Probleme.

Aus menschlichen Gesichtspunkten könnten Sie mich vielleicht verstehen. Sie könnten vielleicht verstehen, wenn ich sagen würde: Recht geschieht ihnen, weil sie vorher in bezug auf die Ausschüsse nicht bedacht haben, was nachher passieren kann.

Auf der anderen Seite muß ich sagen: Ich kenne diese menschlich niederen Gesichts-

Buchner

punkte nicht und möchte nicht, daß die Grün-Alternativen aus den Ausschüssen hinausfliegen. Ich als Demokrat möchte, daß sie in allen Ausschüssen verbleiben können, ganz gleich, ob sie jetzt zu acht oder nur mehr zu sieb sind. *(Beifall bei den Grünen. — Ironische Heiterkeit bei SPÖ und ÖVP.)*

Sie müssen mich verstehen, meine Damen und Herren, ich erkläre das schon, weil ich glaube, daß Minderheiten — und ich selbst bin jetzt die größte Minderheit in diesem Hause — einen gewissen Schutz verdienen, wobei mir natürlich auch klar ist, daß, wenn die Minderheitspartei die Zahl der Mitglieder noch weiter reduziert, es dann wahrscheinlich irgendwo Grenzen geben wird. Das ist mir klar!

Ich gönnte es den Grün-Alternativen oder den Alternativen — es fällt mir immer schwer, das Wort „grün“ voranzusetzen, das können Sie wohl auch verstehen —, meinetwegen in allen Ausschüssen weiter vertreten zu sein, um arbeiten zu können. — Das aus demokratiepolitischen Gründen!

Auf der anderen Seite gibt es nun in diesem Haus eine totale Minderheit; und diese Minderheit bin natürlich ich, das ist klar! Ich glaube, eine größere Minderheit als einen einzelnen Abgeordneten kann es ja im Haus praktisch nicht geben. *(Heiterkeit.)*

Der Herr Klubobmann Fischer hat davon gesprochen, daß diesem Einzelabgeordneten nichts mehr an Rechten bleibt. Und das ist richtig! Ich habe am 1. Dezember nach dieser vollzogenen Säuberung — als ich gesäubert worden bin oder als sich die anderen gesäubert haben, ich weiß ja nicht, wie ich das jetzt sagen soll, man könnte ja auch sagen, die anderen haben sich gesäubert, das ist ja möglich, damit die Richtung wirklich nur mehr einhellig ist, so wird es wohl sein — dem geschätzten Herrn Präsidenten ein Brieflein geschrieben und ihn darin gebeten, er möge mir eine ganz bescheidene Mindestinfrastruktur zur Verfügung stellen, damit ich hier meinen parlamentarischen Aufgaben nachkommen kann.

Ich habe den Antwortbrief des Herrn Präsidenten bekommen. Ich weiß, in welcher gesetzlichen Situation er ist. Der Antwortbrief lautet in etwa: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ihnen bleibt ein Postfach im Expedit. Sie können, wenn Sie wollen, wie jeder andere an Plenartagen draußen im Couloir telefonieren. Im übrigen können Sie während der Dienststunden Ihre Post abholen.

Bezeichnend war, daß dieser Brief nicht an das Haus, sondern an meine Privatadresse geschickt wurde. Ich hätte den Brief fast so verstanden: Bleib daheim, wir schreiben dir heim! — Ich bleibe nicht daheim. Ich bin gewählt worden und bleibe da.

Meine Damen und Herren! Ich habe in der Verfassung nachgelesen. Laut Artikel 56 sind die Mitglieder des Nationalrates bei der Ausübung dieses Berufes — ich betone: Berufes! — an keinen Auftrag gebunden. — Das bedeutet natürlich das Prinzip des freien Mandats. Ich habe aber feststellen müssen, daß dieses freie Mandat zwar auf dem Papier steht, letztendlich aber in diesem Hause nur Parteien und Klubs Macht haben. Der freie Abgeordnete ist wirklich ein totales Nichts.

Ist man frei, wenn einem auf einmal mitgeteilt wird, daß man hier, obwohl das der Beruf ist, keinen Arbeitsplatz mehr hat? Nennt man das Freiheit? Ist es nicht doch Pseudofreiheit, wenn man vom „wilden Abgeordneten“ spricht — so wild bin ich übrigens persönlich gar nicht — und nicht vom freien? Enthält das Wort „wilder Abgeordneter“ nicht etwas, was wir in Umweltschutzdebatten oft kreieren? Nämlich: Es gibt eine Monokultur — nennen wir es einmal in diesem Fall eine Monokultur der Macht —, und wenn dann ein Unkraut existiert — das halt zufällig Buchner heißt, Unkräuter werden oft fälschlicherweise als Unkraut bezeichnet, Unkräuter sind oft nützliche Pflanzen —, soll man es nach Möglichkeit chemisch vernichten oder vielleicht gleich vertilgen.

So schaut es aus mit dem Recht des Einzelabgeordneten! Ich bin ein freier Abgeordneter und kein wilder Abgeordneter.

Ich habe also nun konkret keinen Schreibtisch, kein Telefon, nicht einmal einen Kleiderständer. Mir war nicht leid um die 20 S, die ich in der Garderobe gezahlt habe. Aber es ist immerhin bemerkenswert, wenn ein frei gewählter Abgeordneter nicht einmal die Minimalrechte eines E-Beamten — E-Beamte schätze ich sehr, sie sind wichtige Beamte — hat, der immerhin einen Schreibtisch und wahrscheinlich einen Kleiderbügel und einen Kleiderständer hat. *(Abg. Staudinger: Es gibt viele Abgeordnete, die keinen Schreibtisch haben!)* Aber, Herr Kollege Staudinger, ich hoffe, Sie brauchen Ihren Mantel nicht in der Garderobe abzugeben. Ich habe festgestellt — und ich komme von ganz unten, wahrscheinlich ist das gar nicht so schlecht —, daß jeder Hilfsarbeiter irgendwo einen Spind hat, in den er seine Tasche stellen

Buchner

kann, in den er vielleicht einen Koffer stellen kann. Mein Koffer steht heute im Café Landtmann, weil ich nicht gewußt habe, wohin ich ihn hier stellen soll. Ins Haus darf ich ihn nicht hereinnehmen, denn da halten mich womöglich die Parlamentswächter auf.

Aber gut, das ist meine Situation. Ich möchte nicht, daß Sie mich bedauern, ich möchte es nur im demokratiepolitischen Sinn aufzeigen. Ich bin nämlich jemand, den 40 000 Oberösterreicher gewählt haben, und ich bin mir sicher — und bezeichnen Sie das nicht als Präpotenz —, daß mindestens 24 000 — also die Hürde des Grundmandats — dabei waren, die mich sozusagen direkt, ad personam, gewählt haben. Ich glaube, daß man einen gewählten Abgeordneten verfassungsrechtlich nicht so ausschalten können sollte.

Im übrigen wären die Verhältnisse, die ich hier herinnen vorfinde, fast arbeitsrechtlich zu überprüfen, ob es wirklich so geht. Ich finde das doch eher beschämend, um ein mildes Wort zu verwenden. Ich halte es für eine Nagelprobe der Demokratie, wie man mit Rechten der kleinsten Minderheit, nämlich des Einzelabgeordneten, umgeht. Ich werde das auch einer rechtlichen Prüfung zuführen. Ich weiß nicht, ob dabei etwas herauskommt.

Es gibt, meine Damen und Herren, in diesem Parlament — ich habe es mir nur angeschaut — Fitneßräume und Schlafräume. Wenn ich provokant sein wollte — vielleicht ist es auch so —, müßte ich sagen, daß schlafen in diesem Hohen Haus erlaubt ist, arbeiten aber offenbar nicht.

Stellen Sie sich vor: Bei diesem minderheitenfeindlichen Wahlrecht, das da kommen soll, könnte es theoretisch passieren, daß eine Kleinpartei — wenn es sie überhaupt noch gibt, ich glaube nämlich nicht, daß es noch lange Kleinparteien in diesem Haus geben wird, wenn dieses Wahlrecht in Kraft tritt — oder eine Personenliste oder wie immer das heißt — vielleicht kommen dann noch interessante Personen — drei oder vier Mandate hat.

Meine Damen und Herren! Diese Partei, Gesinnungsgemeinschaft, Personengruppe wird dann praktisch zur Postfachpartei, wenn das wirklich so hält, wie es derzeit gehandhabt wird, nämlich daß Infrastruktur erst ab fünf Abgeordneten zur Verfügung gestellt wird.

Ich bin, so scheint es mir, ein verspäteter Sündenfall! — Ein Sündenfall deshalb, weil ich mich sozusagen aufgelehnt habe gegen

etwas, was ich geistig und ideologisch nicht mittragen kann, nämlich gegen die Grün-Alternative Einheitspartei. Dazu bekenne ich mich. Diese zwei verschiedenen Fraktionen, diese zwei verschiedenen Strömungen in der Grünbewegung können offenbar nicht miteinander auskommen — das hat sich gezeigt. Ich bin also entfernt worden, weil die erforderliche Toleranz fehlt.

Aber dieser Sündenfall, den hier der kleine Abgeordnete Sepp Buchner gemacht hat, darf doch nicht so plakativ bestraft werden, daß man ihn zum Anlaß nimmt, allen, die hier herinnen sitzen, zu zeigen: Wir warnen euch! Macht das ja nicht, sonst ergeht es euch auch so!

Deshalb lege ich besonderen Wert darauf, das einfach abzuklären, durchzustehen, auch letztendlich rechtlich klären zu lassen, denn ich halte das fast für eine Aussperrungsmethode, und Aussperrungsmethoden sind keine schönen Methoden!

Natürlich gibt es auch positive Dinge. Ich habe die Möglichkeit, hier zu sprechen, das ist schon etwas. Ich habe die Möglichkeit, in den Ausschüssen zuzuhören. Ich werde das in den wichtigsten Ausschüssen tun und werde mir meine Informationen holen. Ich habe die Möglichkeit der Archivbenutzung, auch das ist positiv. Ich habe auch ein positives Signal vom Herrn Präsidenten bekommen. Er hat mir heute in der Früh gesagt, dieses Haus brauchte Gummiwände. Es ist zu klein, aber er wird sich trotzdem bemühen. Ich hoffe auf diese Toleranz, und ich bedanke mich auch für diesen zumindest symbolisch menschlichen Akt.

Aber aus prinzipiellen Gründen sollten diese Fragen abgeklärt werden: Was ist mit Einzelabgeordneten? Was ist mit drei, mit vier Abgeordneten? Ich glaube, wenn das abgeklärt werden kann, dann ist das auch eine Chance, wirklich freie Abgeordnete in dieses Haus hereinzubringen, Abgeordnete, die nicht am Gängelband ihres Klubs, ihrer Partei hängen müssen, wenn sie damit nicht einverstanden sind. Das wäre eine Chance auch für die Zukunft eines freien Parlaments. — Danke schön. *(Beifall bei den Grünen und bei der FPÖ.)* 20.10

Präsident: Herr Abgeordneter Buchner! Die Verlockung wäre groß, auf Ihre Ausführungen zu antworten, der Präsident kann das aber nicht. Er wäre ja in einer bevorzugten Position, täte er das.

Präsident

Ich bitte nur um eines: aus dem Brief an die Privatadresse keine falschen Schlußfolgerungen zu ziehen. Ich kann Ihnen den Brief, in dem ich Ihnen mitteile, wo Sie in Zukunft Ihre Post im Parlament abholen sollen oder können, doch nicht bereits in das neue Fach schicken, von dem Sie ja noch nichts gewußt haben. *(Heiterkeit.)* — Also das ist die Begründung. Eine weitere inhaltliche Auseinandersetzung geht bitte nicht vom Präsidentenpult aus.

Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Frischenschlager.

20.11

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, weil ich es extrem unfair vom Klubobmann Dr. König empfinde, daß er in dieser Situation, wo er doch genau weiß, wie die ganze Geschichte während des heutigen Tages gelaufen ist, versucht, den Parteiboss der FPÖ gegen mich auszuspielen.

Ich möchte deshalb in aller Ruhe die Entstehung der heutigen Verhandlungen schildern, damit auch Sie wissen, wie das gelaufen ist. Ich schicke voraus, daß ich es für durchaus wichtig und nützlich halte, wenn sich die parlamentarischen Fraktionen bemühen, einen Kompromiß zu finden. Ich persönlich — soweit werden Sie mich kennen — bemühe mich, insbesondere dann einen Kompromiß zu finden und mitzutragen und zu erarbeiten, wenn es darum geht, die Regeln, aufgrund deren wir hier im Parlament unsere politischen Auseinandersetzungen führen, gemeinsam zu tragen. Deshalb habe ich mich heute sehr bemüht, hier mitzuhelfen, daß es zu einer Vier-Fraktionen-Einigung kommt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich möchte daher klarstellen, wie die freiheitliche Linie ist. Ich habe — Herr Kollege König, das wissen Sie ganz genau, so gut wie Klubobmann Dr. Fischer — von Haus aus gesagt, daß die Freiheitliche Partei im Prinzip dafür ist, daß jede parlamentarische Fraktion in diesem Haus in allen Ausschüssen vertreten ist. Das habe ich in den grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionsobleuten und in der Präsidiale sehr deutlich gesagt. Warum — das ist auch ganz klar: weil ich meine, daß ein Parlament gut beraten ist, allen politischen Strömungen auf allen Ebenen die Möglichkeit zu geben, ihre Vorstellungen einzubringen.

Nun, wie ist das heute gelaufen? Ich darf

vorausschicken, Kollege König, daß es leider erst heute zu Gesprächen zwischen den Fraktionen gekommen ist. Wir mußten heute in der Früh aus den Zeitungen erfahren, daß Ihre Fraktion vorhat, der grünen Fraktion bestimmte Ausschüsse zu entziehen, ihr zu sagen: Dort kommt Ihre Mitarbeit nicht in Frage! Sie wissen ganz genau, daß ich in allen Besprechungen, die wir hatten, der Meinung war, daß ich es für nicht gescheit empfinde, wenn man einer Fraktion vorschreibt, in welchen Ausschüssen und womöglich mit welchen Leuten sie agieren und auftreten soll. Das ist auch meine Meinung gewesen. *(Beifall bei der FPÖ und den Grünen.)*

Wir haben, mit den Zeitungsmeldungen ausgestattet, zu Mittag um 13.15 Uhr mit den ersten Präsidialverhandlungen begonnen und dort erfahren, daß die Klubobfrau Meissner-Blau gesagt hat, um eben nicht dieses Diktat der anderen Fraktionen aufkommen zu lassen, daß sich die grüne Fraktion und sie als Klubobfrau bemühen werden, einen Vorschlag der grünen Fraktion zu bringen, auf welche Ausschüsse man gegebenenfalls verzichten will. Das war das Bemühen von Frau Meissner-Blau und der Stand der Verhandlungen, mit dem wir, weil sie nicht die Antwort geben konnte, auseinandergegangen sind.

Aufgrund dessen sind wir um 17 Uhr noch einmal zusammengetreten, und dabei mußten wir feststellen, daß die Klubobfrau Meissner-Blau sagen mußte, daß nur eine Minderheit ihrer Fraktion diesen von mir und auch von Ihnen und von der SPÖ angestrebten Kompromiß tragen kann. Ich war in dieser ja doch überraschenden Situation der Auffassung — das gebe ich gerne zu, und da lasse ich mich aber von Ihnen nicht auseinanderdividieren —, daß es vertretbar ist, diesen Kompromiß trotzdem — obwohl die grüne Fraktion mehrheitlich auch diesen Kompromiß ausschließt — zu schließen. Es muß das Recht einer Fraktion sein, wenn man eine Vier-Fraktionen-Einigung anstrebt, aber eine Fraktion mit Mehrheit eine andere Auffassung vertritt, daß dann, wenn der Kompromiß nicht zustande kommt, eine andere Fraktion ihn auch nicht mitträgt *(Beifall bei den Grünen und bei der FPÖ)*, obwohl, wie gesagt, klar ist, daß meine Fraktion von Haus aus gesagt hat: Die grüne Fraktion soll grundsätzlich in jedem Ausschuß sein, und zwar aus einem wesentlichen Parlamentsverständnis, das Ihrer Fraktion in manchen Bereichen eben offensichtlich abgeht! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das ist das ganze Geheimnis des unter-

Dr. Frischenschlager

schiedlichen — was ich gerne zugebe — Verhaltens, was meine Person betrifft: daß meine Fraktion sagt, wenn eine andere mehrheitlich einen Kompromiß nicht mitträgt, daß sie dann auf der grundsätzlichen Linie bleibt, sie soll in allen Ausschüssen mitarbeiten. Deshalb, Kollege König, halte ich es für unfair, wenn Sie nun versuchen, hier Probleme wie Paktfähigkeit, Verhandlungsfähigkeit auf den Tisch zu bringen. Das Durcheinander war groß, unter anderem deshalb, weil zu spät verhandelt wurde. Wenn hier bei extremer Kompromißfähigkeit ein Kompromiß aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der grünen Fraktion nicht möglich ist und sich die FPÖ daher anders verhält, dann wären Sie gut beraten, nicht mir und der freiheitlichen Fraktion dieses doch sehr bemühte Verhalten vorzuwerfen. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)* 20.18

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Pilz. Ich erteile es ihm.

20.18

Abgeordneter Dr. Pilz (Grüne): Meine Damen und Herren! Ich möchte eingangs dem Kollegen Frischenschlager einmal ganz offen für seine wirklich faire und demokratische Haltung in diesem Raum, in diesem Plenum danken. Leider ist das bei der Mehrzahl der Abgeordneten, die hier versammelt sind, keine Selbstverständlichkeit, und wahrscheinlich braucht man sehr, sehr lange Oppositionserfahrung, um wirklich für die Rechte der Minderheit, für die Rechte der Opposition genügend sensibilisiert zu sein. Offensichtlich tragen Großparteien dazu bei, diejenigen, die diesen Großparteien angehören und in ihrem Namen hier Macht ausüben, im gewissen Sinne doch nur eingeschränkt für die Demokratie bereitzuhalten. Es waren etliche wirklich falsche Töne in dieser Debatte, und ich möchte auf diese falschen Töne ganz klar aufmerksam machen.

Herr Klubobmann Fischer ist — und das war wahrscheinlich seine einzige Möglichkeit — mit gutem Grund jeder politischen Argumentation aus dem Weg gegangen. Hätte er politisch argumentiert — und das wäre in diesem Haus schon lange notwendig —, dann hätte er über das Verhältnis von großer Koalition und kleinen Oppositionsparteien in diesem Haus sprechen müssen, dann hätte er darüber reden müssen, wie er sich dieses Verhältnis vorstellt, und dann hätte er darüber reden müssen, ob es ihm recht ist, daß Opposition auch außerhalb des Plenums in jedem Ausschuss und in jedem Teil des Parlaments stattfindet, oder ob man Opposition Stück für

Stück, gerade wie es einem paßt, gerade wie es numerische Zufälligkeiten ergeben, hinausräumen und hinausschieben kann. Stattdessen hat sich Klubobmann Fischer auf reine Rechenexempel zurückgezogen, unpolitische oder scheinbar unpolitische Rechenexempel, zu denen man sogar Gegenrechnungen anstellen kann. Zum Beispiel die Gegenrechnung: Was hätte es denn die SPÖ gekostet, den Grünen ihr demokratisches Minderheitenrecht zu gewähren, das heißt das Recht, in allen Gremien des Parlaments mitzuarbeiten?

Es ist ein Grundrecht, der Opposition dieses Recht zu geben, zuzugestehen, einfach dieses Recht zu akzeptieren. *(Abg. Dr. Puntigam: Hätten Sie ihn nicht hinausgeschmissen!)* Es hätte bedeutet, daß erstens fünf Abgeordnete der SPÖ sich zusätzlich in Ausschüsse hätten bemühen müssen, die zu jenen Ausschüssen gehören, die am seltensten tagen, die in der Regel nur sehr, sehr selten tagen, wobei zweitens angesichts von Großparteien diese sehr, sehr selten in voller Stärke in diesen Ausschüssen auftreten. Es wäre wahrscheinlich überhaupt keine Änderung an der derzeitigen Ausschussbeschickungspraxis der Sozialistischen Partei notwendig gewesen.

Darüber können keine Rechenexempel und keine Zahlenkunststücke hinwegtäuschen. Das Ganze bleibt das, was es ist: eine Grundfrage des Verhältnisses von Machtzusammenballung der großen Koalition auf der einen Seite und kleiner Opposition auf der anderen Seite. Sie, Herr Klubobmann Fischer, haben diese Grundfrage parlamentarischer Demokratie auf eine sehr, sehr negative Art eindeutig gelöst. *(Abg. Dr. Puntigam: Nicht so negativ wie die Grünen!)* Das möchte ich von diesem Pult aus einmal ganz klar und eindeutig festgestellt haben.

Ich möchte da eine Einschränkung machen: Ihnen und Ihrer Fraktion muß man zugute halten, daß Sie diejenigen waren, die in diesem Poker, wie weit treibt man die kleine Opposition aus Teilen des Parlaments hinaus, den mäßigenden Part übernommen haben. Sie waren sicherlich der Vertreter jener Partei, die der Meinung war: Na ja, wir müssen da wahrscheinlich mit der ÖVP, mit dem Herrn Klubobmann König Kompromisse schließen. Versuchen wir, das Konfliktpotential in dieser Frage geringer zu halten. Versuchen wir, noch halbwegs den Anstand und die Fassung zu bewahren. *(Abg. Dr. Blenk: Sie und Anstand, das ist eine komische Kombination!)*

Dr. Pilz

Sie haben es mit einem Verhandlungspartner zu tun gehabt, der immer gesagt hat: Schmeißen wir die Grünen dort raus, wo sie uns weh tun! Schmeißen wir sie raus aus dem Landesverteidigungsausschuß! (*Abg. Steinbauer: Buchner!*) Schmeißen wir sie raus aus dem Innenausschuß! Nur aus dem Umweltausschuß können Sie uns nicht raus-schmeißen (*Abg. Steinbauer: Buchner!*), weil jeder verstehen würde, daß das einem totalen Rausschmiß aus dem Parlament gleichkommen würde. (*Abg. Dr. Blenk: Was tun Sie, wenn Sie vier sind, was tun Sie dann? Das ist lächerlich!*)

Sie haben sich entschieden. Sie haben zwei Möglichkeiten gehabt: entweder die demokratischen Rechte der Opposition zu achten, die Grundrechte der Opposition zu achten oder mit jenen — und das sind vor allem die Vertreter der ÖVP — einen Kompromiß zu schließen, die die Opposition raushaben wollen, die am liebsten ein Haus mit null Abgeordneten der Opposition haben möchten, die die Einstimmigkeit und die absolute Regierungsloyalität und die absolute Unterwerfung unter die Politik der großen Koalition haben wollen. Sie haben sich dafür entschieden, mit diesen politischen Kräften einen Kompromiß zu schließen; einen Kompromiß, der ein Schlag ins Gesicht jener ist (*Abg. Kraft: Das war Selbstverstümmelung!*), die die Prinzipien eines anständigen demokratischen Wechselverhältnisses von großer Regierung und kleiner Opposition hochhalten.

Nun zu Ihnen, Herr Klubobmann König, ich habe Sie schon kurz angesprochen. Eines war wirklich ganz typisch in dieser Auseinandersetzung: Sie sind eben nicht hergegangen und haben von Anfang an gesagt: Es ist eine reine Belastungsfrage, wir können das unseren Abgeordneten nicht zumuten, wir wollen doch Kompromisse, sucht euch die Ausschüsse aus! (*Abg. Steinbauer: Wie war das mit Buchner?*) Nein, Sie haben zu jenen gehört und waren der Wortführer jener, die gesagt haben: Raus mit den Grünen aus den heiklen Ausschüssen! (*Abg. Steinbauer: Buchner!*) Sie haben es ja heute eigentlich wieder durch die Blume gesagt, als Sie meinten, dem Abgeordneten Pilz sei eines im Landesverteidigungsausschuß vorzuwerfen, nämlich daß er jener Abgeordneter dort ist, der keine Bereitschaft zur Mitwirkung hat, der das Gemeinsame nicht mitträgt.

Ich bin nicht mit meinen Freunden ins Parlament gewählt worden, um das Gemeinsame mit Ihnen mitzutragen, um die große Koalition mitzutragen. (*Beifall bei den Grünen.* —

Abg. Steinbauer: Das Gemeinsame heißt Österreich!) Ich bin in dieses Haus mit allen anderen sieben grünen Abgeordneten, nicht mit sechs, sondern mit sieben, gewählt worden, um hier eine Oppositionspolitik im ökologischen Bereich, im sozialen Bereich, im Bereich der Friedenspolitik — Sie würden sagen Militärpolitik — und in allen anderen Bereichen der Gesellschaftspolitik zu vertreten.

Wenn Sie sagen, die Voraussetzung, die Vorleistung, die wir zu erbringen haben, damit Sie uns Ausschusssitze geben, ist Wohlverhalten, ist Mittun, ist Mit-der-gemeinsamen-Linie-Mitgehen und Am-gemeinsamen-Strick-Mitziehen, dann muß ich Sie enttäuschen. Auch wenn Sie uns aus Ausschüssen rausschmeißen, auch wenn Sie bei der Geschäftsordnungsreform das Rederecht der Abgeordneten einschränken wollen und damit ein Prinzip des Parlamentarismus durchbrechen wollen (*Abg. Dr. Blenk: Versuchen Sie einmal, Ihre Probleme selber zu lösen!*), auch dann werden wir dabeibleiben und werden auf keine Kuhhändler eingehen, auch dann werden wir daran festhalten, daß es unsere Aufgabe in diesem Haus ist, Opposition zu machen und nicht mit Ihnen politische Geschäfte auf dem Rücken der oppositionellen Rechte.

Sie sagen die ganze Zeit, die Grünen hätten sich selbst verstümmelt und wir seien selbst schuld. Natürlich haben uns der Ausschluß von Sepp Buchner und die monatelangen Auseinandersetzungen mit Sepp Buchner politisch schwer geschadet. Das ist überhaupt keine Frage. Wir haben monatelang versucht, diesen Ausschluß hinauszuzögern und andere Lösungen zu finden.

Aber ich möchte Sie einmal eines fragen: Waren Sie schon jemals in der Situation, daß ein führendes Mitglied Ihrer Partei ein ums andere Mal mit dem erklärten Ziel, Ihren Einzug in Parlamente, in Landesparlamente, zu verhindern (*Abg. Dr. Blenk: Ihr seid doch drei Parteien, hat die Frau ...!*), Gegenkandidaturen veranstaltet hat? Hat es das bei Ihnen schon einmal gegeben? Die gleiche Frage gilt auch dem Herrn Abgeordneten Haider, der plötzlich von diesem Rednerpult aus Toleranz verlangt, jenem Herrn Haider, der einen Steger ausschließen wollte, der einen Götz ausschließen wollte, der einen Munzenrieder hat ausschließen lassen, der einen Herrn Ofner ausschließen wollte beziehungsweise ihm damit gedroht hat und der — ich habe im Moment nicht den genauen Überblick (*Abg. Dr. Schüssel: Eine hervor-*

Dr. Pilz

gende Gesellschaft!), es ist, soweit mir aus Kärnten berichtet wird, derzeit noch eine einstellige Zahl, aber das kann sich ja in nächster Zukunft noch ändern — etliche Kärntner Parteisekretäre bereits ausgeschlossen hat.

Eines möchte ich auch noch zu Sepp Buchner sagen. Sepp Buchner hat, als er heute von diesem Rednerpult aus über die demokratischen Rechte der Opposition gesprochen hat, mit sehr, sehr gutem Recht auch für die demokratischen Rechte jedes einzelnen Abgeordneten gesprochen. Ich empfinde es als eine unglaubliche Unfairneß gegenüber Sepp Buchner und überhaupt gegenüber jedem einzelnen freigewählten Abgeordneten dieses Parlaments (*heftiger Widerspruch*), daß Sepp Buchner offensichtlich (*Abg. Dr. Schwiemer: Das darf ja nicht wahr sein! Sie sind ein Heuchler sondergleichen!*) diese Arbeitsmöglichkeiten verweigert werden. (*Abg. Dr. Schwiemer: Sie kriegen einen Nobelpreis in Heuchelei!*) Wir haben in der Geschäftsordnungsdebatte — nicht wegen Sepp Buchner, sondern weil es ein prinzipielles Recht eines jeden Abgeordneten sein sollte — auch den Antrag eingebracht, daß es das Antragsrecht für jeden einzelnen Abgeordneten geben sollte. Wie kommen die einzelnen Abgeordneten dazu, wie kommen ganz kleine Fraktionen dazu, daß das Antragsrecht erst ab einer gewissen Zahl losgeht? Jeder einzelne Abgeordnete sollte in diesem Haus das Antragsrecht haben. Das sind parlamentarische demokratische Grundrechte, wie sie in der Schweiz, die uns immer als Vorbild hingestellt wird, üblich sind.

Sie haben vorhin gelacht. Sie haben gelacht, weil Sie sich etwas nicht vorstellen können, weil Sie sich nicht vorstellen können — und Ihre ganze politische Praxis spricht eben gegen diese Vorstellung —, daß man trotz schwerer politischer Auseinandersetzungen, die zu einer politischen Trennung führten, die uns allen nicht gutgetan hat, dafür kämpft, daß demokratische Grundrechte aufrechtbleiben. Das verstehen Sie nicht, denn Ihre Haltung gegenüber Gruppen und Personen, von denen Sie sich trennen — Sie alle können sich sicher noch an die Fälle Olah, Tull und so weiter erinnern —, ist es, den politischen Gegner, von dem man sich getrennt hat, weil er eben nicht mehr der politische Freund ist, weiter zu verfolgen, in seinen Arbeitsmöglichkeiten, in seinen politischen Möglichkeiten, und zu versuchen, ihm seine politische Existenz zu entziehen. Und das ist auch einer der Punkte, die uns Grüne von Ihnen unterscheiden! (*Beifall bei den Grünen.*) 20.29

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. König. Höchstredezeit 5 Minuten.

20.29

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Niemand, Herr Abgeordneter Frischenschlager, bestreitet Ihr Bemühen, beizutragen, einen Konsens zu finden. Aber fest steht, daß Sie in Kenntnis der Tatsache, daß nur eine Minderheit der Grünen diesem Antrag die Zustimmung geben wird, nicht nur ad personam, sondern namens der Freiheitlichen Partei die Zusage gegeben haben, daß Sie zustimmen werden.

Nun kann natürlich die Fraktion den Vertreter desavouieren. Aber fest steht, daß Ihre Zusage für die Freiheitliche Partei Inhalt der Vereinbarung des Pakts war, und wenn eine Fraktion ein Paktum nicht hält, dann ist sie nicht paktfähig. Das und nichts anderes ist die Wahrheit! (*Beifall bei der ÖVP.*) 20.30

Präsident: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. (*Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Meine Damen und Herren! Ich komme zur Abstimmung. Aber abstimmen kann man nur, wenn man vorher gehört hat, worüber abgestimmt wird. Also bitte ich, nunmehr die Mitteilung von mir entgegenzunehmen.

Ich wiederhole zuerst den gemeinsamen Wahlvorschlag der Abgeordneten Dr. Fischer, Dr. König, Dr. Haider und Freda Blau-Meissner hinsichtlich jener Ausschüsse, deren Mitgliedszahl mit 25 festgesetzt werden soll:

Außenpolitischer Ausschuß

Bautenausschuß

Budgetausschuß

Finanzausschuß

Geschäftsordnungsausschuß

Gesundheitsausschuß

Handelsausschuß

Ausschuß für innere Angelegenheiten

Justizausschuß

Präsident

Landesverteidigungsausschuß

Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft

Rechnungshofausschuß

Ausschuß für soziale Verwaltung

Umweltausschuß

Unterrichtsausschuß

Verfassungsausschuß

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung

Die Aufteilung auf die Fraktionen ist gemäß § 30 Abs. 4 der Geschäftsordnung festzulegen. Das bedeutet, daß in diesen Ausschüssen mit 25 Abgeordneten je 11 Mitglieder und Ersatzmitglieder sowohl von der SPÖ als auch von der ÖVP, je 2 Mitglieder und Ersatzmitglieder von der FPÖ und je 1 Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied von den Grünen gestellt werden.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag beitreten, um ein Zeichen der Zustimmung. — Das ist einstimmig **a n g e n o m m e n**.

Hinsichtlich der Größe

des Familienausschusses

des Immunitätsausschusses

des Unvereinbarkeitsausschusses

des Ausschusses für verstaatlichte Betriebe

des Verkehrsausschusses

liegt mir der Vorschlag der Abgeordneten Dr. Fischer und Dr. König vor, deren Größe mit 22 Mitgliedern und Ersatzmitgliedern festzulegen, wobei auf die SPÖ wie auch auf die ÖVP je 10 Mitglieder und Ersatzmitglieder und auf die FPÖ 2 Mitglieder und Ersatzmitglieder entfallen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen, um ein diesbezügliches Zeichen. — Das ist mit Mehrheit **a n g e n o m m e n**.

Die Namen der von den Klubs dem Präsidenten als Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder bekanntgegebenen und damit als gewählt geltenden Abgeordneten werden im Stenographischen Protokoll ange-

führt werden. (Siehe bitte S. 4802 ff.) Außerdem wird allen Abgeordneten eine Aufstellung über sämtliche Ausschüsse und deren Mitglieder wie auch Ersatzmitglieder zugehen.

2. Punkt: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Jörg Haider (406 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Jörg Haider.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Gugerbauer. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Berichterstatter Dr. Gugerbauer: Herr Präsident! Das Landesgericht für Strafsachen Wien ersucht mit Zuschrift vom 15. Oktober 1987 um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Jörg Haider wegen des Verdachtes des Vergehens der üblen Nachrede nach § 111 Abs. 1 und 2 StGB.

Der Immunitätsausschuß hat dieses Ersuchen in seiner Sitzung am 25. November 1987 beraten und einstimmig beschlossen, dem Nationalrat zu empfehlen, dem gegenständlichen Ersuchen nicht zuzustimmen.

Der Immunitätsausschuß stellt somit als Ergebnis seiner Beratung den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Zu dem Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien vom 15. Oktober 1987, 9aEVr 7832/87, Hv 5160/87, um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Jörg Haider wegen des Verdachtes des Vergehens der üblen Nachrede nach § 111 Abs. 1 und 2 StGB wird im Sinne des Artikels 57 Absatz 3 B-VG festgestellt, daß ein Zusammenhang zwischen der von den genannten Privatanklägern behaupteten strafbaren Handlung und der politischen Tätigkeit des Abgeordneten Dr. Jörg Haider besteht.

2. Einer behördlichen Verfolgung des Abgeordneten Dr. Jörg Haider wird nicht zugestimmt.

Dr. Gugerbauer

Herr Präsident! Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, stelle ich anheim, in die Debatte einzutreten.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor.

Ich komme daher zur **A b s t i m m u n g** über den Antrag des Ausschusses in 406 der Beilagen,

1. das Bestehen eines Zusammenhanges zwischen der behaupteten strafbaren Handlung und der politischen Tätigkeit des Abgeordneten Dr. Jörg Haider festzustellen und

2. der behördlichen Verfolgung des Abgeordneten Dr. Jörg Haider nicht stattzugeben.

Ich bitte jene Damen und Herren, die sich diesen beiden Anträgen anschließen, um ein Zeichen der Zustimmung. — Danke. Das ist **einstimmig angenommen**.

3. Punkt: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Josef Buchner (407 der Beilagen)

Präsident: Wir kommen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Josef Buchner.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Smolle. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Berichterstatter **Smolle:** Herr Präsident! Hohes Haus! Das Landesgericht für Strafsachen Wien ersucht mit Zuschrift vom 13. Oktober 1987, 26b Vr 11.161/87, eingelangt in der Parlamentsdirektion am 20. Oktober 1987, um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Josef Buchner wegen des Verdachtes des Vergehens der üblen Nachrede nach § 111 Abs. 1 und 2 StGB.

Der Immunitätsausschuß hat dieses Ersuchen in seiner Sitzung am 25. November 1987 beraten und einstimmig beschlossen, dem Nationalrat zu empfehlen, dem gegenständlichen Ersuchen nicht zuzustimmen.

Der Immunitätsausschuß stellt somit als Ergebnis seiner Beratung den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Zu dem Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien vom 13. Oktober 1987, 26b Vr 11.161/87, um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Josef Buchner wegen des Verdachtes des Vergehens der üblen Nachrede nach § 111 Abs. 1 und 2 StGB wird im Sinne des Artikels 57 Absatz 3 B-VG festgestellt, daß ein Zusammenhang zwischen der von dem genannten Privatankläger behaupteten strafbaren Handlung und der politischen Tätigkeit des Abgeordneten Josef Buchner besteht.

2. Einer behördlichen Verfolgung des Abgeordneten Josef Buchner wird nicht zugestimmt.

Ich ersuche, sehr geehrter Herr Präsident, Wortmeldungen zuzulassen, falls solche vorliegen.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wortmeldungen liegen keine vor.

Ich komme zur **A b s t i m m u n g** über den Antrag des Ausschusses in 407 der Beilagen,

1. das Bestehen eines Zusammenhanges zwischen der behaupteten strafbaren Handlung und der politischen Tätigkeit des Abgeordneten Josef Buchner festzustellen und

2. der behördlichen Verfolgung des Abgeordneten Josef Buchner nicht stattzugeben.

Ich bitte jene Damen und Herren, die sich diesen beiden Anträgen anschließen, um ein Zeichen der Zustimmung. — Das ist einstimmig angenommen. *(Rufe: Der Buchner sitzt!)* Das ist mit **Mehrheit angenommen**.

Ich bitte um Verzeihung, aber ich habe die Besetzung dieses Platzes innerlich noch nicht registriert gehabt. Das Sitzen habe ich nicht gesehen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß die Konstituierung des Handelsausschusses im Lokal III und des Justizausschusses im Lokal V um 20 Uhr 43 Minuten, das ist also jetzt in fünf Minuten, stattfinden wird. Fünf Minuten später erfolgt die Konstituierung des Gesundheitsausschusses im Lokal IV und des Landesverteidigungsausschusses im Lokal VI.

Die **n ä c h s t e** Sitzung des Nationalrates berufe ich für morgen, Freitag, den

4802

Nationalrat XVII. GP — 42. Sitzung — 10. Dezember 1987

Präsident

11. Dezember, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (280 und Zu 280 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1988 samt Anlagen (380 der Beilagen)

Beratungsgruppe XIV: Umwelt, Jugend, Familie,

Beratungsgruppe X: Öffentliche Wirtschaft und Verkehr.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 39 Minuten

Verzeichnis der Ausschußmitglieder und Ersatzmitglieder laut den von den Klubs eingereichten Listen (Stand: 22. 12. 1987)

(Siehe bitte S. 4800)

Außenpolitischer Ausschuß

Mitglieder

SPÖ: Cap, Dietrich, Dr. Fischer, Grabner, Hochmair, Mag. Waltraud Horvath, Dr. Janakowitsch, Ing. Nedwed, Dr. Jolanda Offenbeck, Pfeifer, Schieder;

ÖVP: Dr. Blenk, Dr. Ermacora, Dr. Ettmayer, Ing. Helbich, Dr. Höchtl, Dr. Khol, Dr. Puntigam, Dr. Schwimmer, Steinbauer, Dr. Steiner, Dr. Zernatto;

FPÖ: Dr. Gugerbauer, Dr. Haider;

Grüne: Freda Blau-Meissner.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Dr. Fuhrmann, Dr. Gradischnik, Dkfm. Ilona Graenitz, Mag. Evelyn Messner, Mrkvicka, Dr. Müller, Dr. Nowotny, Ing. Ressel, Schmölz, Dr. Schranz, Helmuth Stocker;

ÖVP: Bergmann, Dipl.-Ing. Flicker, Dr. Graff, Dr. Hafner, Regina Heiß, Karas, Dipl.-Vw. Killisch-Horn, Dkfm. DDr. König, Ing. Kowald, Dkfm. Löffler, Ingrid Tichy-Schreder;

FPÖ: Dr. Frischenschlager, Probst;

Grüne: Smolle.

Bautenausschuß

Mitglieder

SPÖ: Brennsteiner, Dietrich, Dr. Fertl,

Hesoun, Kerschbaum, Köteles, Kräutl, Neuwirth, Remplbauer, Schemer, Weinberger;

ÖVP: Arthold, Fuchs, Ing. Helbich, Hofer, Dr. Keimel, Dipl.-Vw. Killisch-Horn, Dkfm. Löffler, Lußmann, Dkfm. Mag. Mühlbacher, Schwarzenberger, Vetter;

FPÖ: Eigruher, Dipl.-Ing. Dr. Krünes;

Grüne: Fux.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Eder, Elmecker, Fauland, Dkfm. Ilona Graenitz, Hofmann, Parnigoni, Adelheid Pracher, Dr. Preiß, Reicht, Scheucher, Ing. Tychtl;

ÖVP: Bergsmann, Dr. Fasslabend, Dipl.-Ing. Flicker, Dr. Gaigg, Dr. Hafner, Keller, Ing. Kowald, Dr. Schwimmer, Vonwald, Dipl.-Ing. Winsauer, Dr. Zernatto;

FPÖ: Dkfm. Bauer, Dr. Helene Partik-Pablé;

Grüne: Wabl.

Budgetausschuß

Mitglieder

SPÖ: Mag. Brigitte Ederer, Mag. Waltraud Horvath, Elfriede Karl, Dr. Keller, Dr. Nowotny, Nürnberger, Pöder, Posch, Dr. Rieder, Dr. Schmidt, Verzetnitsch;

ÖVP: Bayr, Dr. Feurstein, Dipl.-Ing. Flicker, Dr. Frizberg, Dr. Keimel, Ingrid Korosec, Molterer, Dkfm. Mag. Mühlbacher, Dr. Steidl, Dr. Taus, Dipl.-Ing. Winsauer;

Präsident

FPÖ: Dkfm. Bauer, Dr. Gugerbauer;

Grüne: Dr. Pilz.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Dietrich, Eder, Hochmair, Dipl.-Ing. Dr. Hutterer, Kuba, Mag. Dr. Neidhart, Remplbauer, Ing. Ressel, Scheucher, Helmuth Stocker, Strobl;

ÖVP: Bergsmann, Fink, Dipl.-Ing. Kaiser, Dipl.-Vw. Killisch-Horn, Dr. Lackner, Ing. Schindlbacher, Dr. Schüssel, Schwarzenberger, Steinbauer, Johann Wolf, Dr. Zernatto;

FPÖ: Dipl.-Ing. Dr. Krünes, Ing. Murer;

Grüne: Smolle.

Finanzausschuß**Mitglieder**

SPÖ: Mag. Brigitte Ederer, Dr. Heindl, Elfriede Karl, Kuba, Mrkvicka, Dr. Nowotny, Pfeifer, Remplbauer, Resch, Schmidtmeier, Schmölz;

ÖVP: Auer, Dr. Feurstein, Mag. Cordula Frieser, Dipl.-Ing. Kaiser, Dr. Keimel, Ingrid Korosec, Dr. Lackner, Dr. Schüssel, Schwarzböck, Dr. Steidl, Dr. Taus;

FPÖ: Dkfm. Bauer, Dr. Gugerbauer;

Grüne: Dr. Pilz.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Brennsteiner, Elmecker, Hesoun, Hochmair, Dr. Jankowitsch, Kerschbaum, Pöder, Reicht, Dr. Stippel, Gabrielle Traxler, Helmut Wolf;

ÖVP: Dr. Bruckmann, Fink, Dipl.-Ing. Flicker, Dr. Frizberg, Dipl.-Ing. Gasser, Heinzinger, Kirchknopf, Dkfm. DDr. König, Dkfm. Löffler, Lußmann, Dkfm. Mag. Mühlbachler;

FPÖ: Hintermayer, Dipl.-Ing. Dr. Krünes;

Grüne: Smolle.

Geschäftsordnungsausschuß**Mitglieder**

SPÖ: Cap, Dr. Fischer, Dr. Fuhrmann, DDr.

Gmoser, Dr. Gradischnik, Dr. Keller, Matzenauer, Dr. Müller, Dr. Rieder, Dr. Schranz, Dr. Stippel;

ÖVP: Arthold, Bergmann, Fink, Dr. Khol, Dkfm. DDr. König, Dr. Mayer, Dr. Puntigam, Dr. Helga Rabl-Stadler, Hildegard Schorn, Dr. Stummvoll, Dipl.-Ing. Winsauer;

FPÖ: Dr. Frischenschlager, Dr. Ofner;

Grüne: Mag. Geyer.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Dr. Fertl, Mag. Guggenberger, Elfriede Karl, Ludwig, Mag. Evelyn Messner, Dr. Nowotny, Dr. Jolanda Offenbeck, Posch, Dr. Preiß, Schieder, Dr. Schmidt;

ÖVP: Rosemarie Bauer, Dr. Bruckmann, Dr. Fasslabend, Dipl.-Ing. Flicker, Dr. Gaigg, Gurtner, Heinzinger, Dipl.-Ing. Kaiser, Dkfm. Löffler, Dkfm. Mag. Mühlbachler, Dr. Schüssel;

FPÖ: Dr. Haider, Dr. Stix;

Grüne: Smolle.

Gesundheitsausschuß**Mitglieder**

SPÖ: Cap, Dkfm. Ilona Graenitz, Mag. Guggenberger, Hochmair, Hofmann, Kokail, Ing. Nedwed, Posch, Renner, Scheucher, Helmuth Stocker;

ÖVP: Rosemarie Bauer, Gurtner, Dr. Lackner, Manndorff, Molterer, Hildegard Schorn, Schuster, Dr. Schwimmer, Dr. Stummvoll, Ingrid Tichy-Schreder, Vetter;

FPÖ: Mag. Haupt, Probst;

Grüne: Smolle.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Brennsteiner, Mag. Brigitte Ederer, Elfriede Karl, Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller, Kräutl, Marizzi, Pöder, Dr. Preiß, Resch, Dr. Rieder, Ruhaltinger;

ÖVP: Dr. Feurstein, Dr. Frizberg, Dr. Hafner, Regina Heiß, Ing. Helbich, Dr. Marga Hubinek, Dipl.-Ing. Kaiser, Keller, Dipl.-Vw. Killisch-Horn, Dkfm. Mag. Mühlbachler, Schwarzböck;

4804

Nationalrat XVII. GP — 42. Sitzung — 10. Dezember 1987

Präsident

FPÖ: Dr. Dillersberger, Klara Motter;

Grüne: Srb.

Handelsausschuß**Mitglieder**

SPÖ: Eder, Dr. Heindl, Kerschbaum, Köck, Leithenmayr, Parnigoni, Resch, Scheucher, Dr. Schmidt, Schmidtmeier, Verzetnitsch;

ÖVP: Ing. Dittrich, Hofer, Dipl.-Ing. Kaiser, Dipl.-Vw. Killisch-Horn, Dkfm. Löffler, Dr. Helga Rabl-Stadler, Ing. Sallinger, Schwarzböck, Staudinger, Franz Stocker, Ingrid Tichy-Schreder;

FPÖ: Eigruher, Haigermoser;

Grüne: Smolle.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Brennsteiner, Mag. Brigitte Ederer, Dr. Jankowitsch, Kokail, Köteles, Ludwig, Mrkvicka, Neuwirth, Pfeifer, Helmuth Stocker, Ella Zipser;

ÖVP: Bayr, Fink, Mag. Cordula Frieser, Dr. Frizberg, Dr. Keimel, Kirchknopf, Lußmann, Molterer, Dr. Steiner, Dipl.-Ing. Winsauer, Dr. Zernatto;

FPÖ: Dkfm. Bauer, Dipl.-Ing. Dr. Krünes;

Grüne: Dr. Pilz.

Ausschuß für innere Angelegenheiten**Mitglieder**

SPÖ: Elmecker, Fister, Dipl.-Ing. Dr. Kerpelmüller, Köck, Leikam, Ludwig, Neuwirth, Reicht, Scheucher, Helmuth Stocker, Helmut Wolf;

ÖVP: Auer, Bergsmann, Burgstaller, Dr. Ermacora, Dr. Ettmayer, Fuchs, Dr. Gaigg, Dipl.-Vw. Killisch-Horn, Ing. Kowald, Kraft, Pischl;

FPÖ: Haigermoser, Dr. Helene Partik-Pablé;

Grüne: Srb.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Dr. Fuhrmann, DDr. Gmoser, Ing. Nedwed, Mag. Dr. Neidhart, Parnigoni, Ing. Ressel, Dr. Rieder, Dr. Schranz, Strobl, Verzetnitsch, Ella Zipser;

ÖVP: Rosemarie Bauer, Dr. Fasslabend, Regina Heiß, Kirchknopf, Lußmann, Mannsdorff, Mag. Schäffer, Dr. Steiner, Franz Stocker, Vonwald, Dr. Zernatto;

FPÖ: Dr. Ofner, Mag. Karin Praxmarer;

Grüne: Wabl.

Justizausschuß**Mitglieder**

SPÖ: Dietrich, Dr. Fertl, Dr. Fuhrmann, Dr. Gradischnik, Mag. Guggenberger, Mag. Waltraud Horvath, Dr. Keller, Dipl.-Ing. Dr. Kerpelmüller, Dr. Jolanda Offenbeck, Dr. Preiß, Dr. Rieder;

ÖVP: Dr. Blenk, Dr. Ermacora, Dr. Ettmayer, Dr. Fasslabend, Dr. Gaigg, Dipl.-Ing. Gasser, Dr. Graff, Ingrid Korosec, Manndorff, Hildegard Schorn, Vonwald;

FPÖ: Dr. Dillersberger, Dr. Ofner;

Grüne: Mag. Geyer.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Elmecker, DDr. Gmoser, Dkfm. Ilona Graenitz, Dr. Jankowitsch, Elfriede Karl, Kuba, Matzenauer, Mag. Dr. Neidhart, Schieder, Dr. Schranz, Dr. Stippel;

ÖVP: Rosemarie Bauer, Dr. Feurstein, Dr. Hafner, Dr. Marga Hubinek, Kirchknopf, Dr. Kohlmaier, Dkfm. DDr. König, Dr. Helga Rabl-Stadler, Ing. Schindlbacher, Dr. Schwimmer, Dr. Stummvoll;

FPÖ: Dr. Gugerbauer, Dr. Helene Partik-Pablé;

Grüne: Wabl.

Landesverteidigungsausschuß**Mitglieder**

SPÖ: Fister, Grabner, Hofmann, Kuba, Dr. Müller, Parnigoni, Dr. Preiß, Ing. Ressel, Roppert, Schemer, Ing. Tychtl;

Präsident

ÖVP: Dr. Ermacora, Fuchs, Karas, Ing. Kowald, Kraft, Dkfm. Löffler, Mannndorff, Mag. Schäffer, Dr. Steiner, Dipl.-Ing. Winsauer, Dr. Zernatto;

FPÖ: Dr. Frischenschlager, Dipl.-Ing. Dr. Krünes;

Grüne: Dr. Pilz.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Mag. Brigitte Ederer, Fauland, Dr. Fertl, Dr. Jankowitsch, Leithenmayr, Marizzi, Nürnberger, Posch, Renner, Weinberger, Helmut Wolf;

ÖVP: Arthold, Bergsmann, Burgstaller, Dr. Gaigg, Gurtner, Keller, Dr. Khol, Dkfm. Mag. Mühlbachler, Dr. Puntigam, Vonwald, Johann Wolf;

FPÖ: Dr. Gugerbauer, Dr. Ofner;

Grüne: Wabl.

Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft**Mitglieder**

SPÖ: Hofmann, Leikam, Neuwirth, Parnigoni, Peck, Pfeifer, Reicht, Dr. Schmidt, Strobl, Weinberger, Helmut Wolf;

ÖVP: Ing. Derfler, Dipl.-Ing. Gasser, Gurtner, Hofer, Keller, Kirchknopf, Ing. Schindlbacher, Schwarzböck, Schwarzenberger, Ingrid Tichy-Schreder, Dipl.-Ing. Winsauer;

FPÖ: Hintermayer, Huber;

Grüne: Wabl.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Brennsteiner, Dr. Fertl, Fister, Kuba, Dr. Müller, Mag. Dr. Neidhart, Dr. Preiß, Remplbauer, Schemer, Ing. Tychtl, Ella Zipser;

ÖVP: Auer, Dipl.-Ing. Flicker, Fuchs, Heinzinger, Dipl.-Ing. Kaiser, Ing. Kowald, Dkfm. Löffler, Dr. Puntigam, Hildegard Schorn, Vonwald, Dr. Zernatto;

FPÖ: Mag. Haupt, Ing. Murer;

Grüne: Dr. Pilz.

Rechnungshofausschuß**Mitglieder**

SPÖ: Fauland, Dipl.-Ing. Dr. Hutterer, Mag. Dr. Neidhart, Dr. Nowotny, Pöder, Posch, Renner, Resch, Ing. Ressel, Scheucher, Seidinger;

ÖVP: Burgstaller, Dr. Ettmayer, Dr. Feurstein, Dipl.-Ing. Flicker, Dipl.-Ing. Gasser, Heinzinger, Dr. Höchtl, Keller, Lußmann, Pischl, Steinbauer;

FPÖ: Mag. Haupt, Dr. Helene Partik-Pablé;

Grüne: Wabl.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Mag. Brigitte Ederer, Dr. Fertl, Dr. Fuhrmann, Hesoun, Köck, Nürnberger, Adelheid Praher, Dr. Rieder, Roppert, Gabrielle Traxler, Ing. Tychtl;

ÖVP: Arthold, Auer, Dr. Ermacora, Dr. Gaigg, Karas, Kraft, Dr. Mayer, Molterer, Dr. Puntigam, Dr. Schwimmer, Stricker;

FPÖ: Haigermoser, Dr. Ofner;

Grüne: Mag. Geyer.

Ausschuß für soziale Verwaltung**Mitglieder**

SPÖ: Mag. Guggenberger, Hesoun, Elfriede Karl, Kokail, Köteles, Kräutl, Nürnberger, Renner, Ruhaltinger, Dr. Schranz, Gabrielle Traxler;

ÖVP: Dr. Feurstein, Dipl.-Ing. Flicker, Dr. Hafner, Dr. Kohlmaier, Ingrid Korosec, Dr. Puntigam, Schwarzenberger, Dr. Schwimmer, Staudinger, Franz Stocker, Dr. Stummvoll;

FPÖ: Dr. Haider, Huber;

Grüne: Srb.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Grabner, Hochmair, Dipl.-Ing. Dr. Hutterer, Kerschbaum, Köck, Neuwirth, Adelheid Praher, Scheucher, Seidinger, Helmuth Stocker, Verzetnitsch;

ÖVP: Dr. Bruckmann, Dr. Fasslabend, Fuchs, Regina Heiß, Dr. Marga Hubinek,

4806

Nationalrat XVII. GP — 42. Sitzung — 10. Dezember 1987

Präsident

Pischl, Dr. Helga Rabl-Stadler, Hildegard Schorn, Schuster, Ingrid Tichy-Schreder, Vetter;

FPÖ: Mag. Haupt, Dr. Helene Partik-Pablé;

Grüne: Fux.

Umweltausschuß**Mitglieder**

SPÖ: Cap, Dietrich, Dkfm. Ilona Graenitz, Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller, Leikam, Ludwig, Marizzi, Adelheid Praher, Ing. Ressel, Seidinger, Weinberger;

ÖVP: Arthold, Bergmann, Dr. Bruckmann, Dr. Fasslabend, Heinzinger, Regina Heiß, Dr. Marga Hubinek, Dipl.-Ing. Kaiser, Karas, Schuster, Dr. Stummvoll;

FPÖ: Dr. Dillersberger, Ing. Murer;

Grüne: Freda Blau-Meissner.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Eder, Hesoun, Hofmann, Elfriede Karl, Köteles, Matzenauer, Mag. Evelyn Messner, Peck, Pöder, Renner, Resch;

ÖVP: Fink, Dr. Gaigg, Dr. Hafner, Ingrid Korosec, Dr. Lanner, Manndorff, Dr. Puntigam, Franz Stocker, Ingrid Tichy-Schreder, Dipl.-Ing. Winsauer, Dr. Zernatto;

FPÖ: Dr. Haider, Probst;

Grüne: Dr. Pilz.

Unterrichtsausschuß**Mitglieder**

SPÖ: Brennsteiner, Elmecker, Grabner, Dkfm. Ilona Graenitz, Matzenauer, Mag. Evelyn Messner, Mrkvicka, Ing. Nedwed, Adelheid Praher, Dr. Stippel, Ella Zipser;

ÖVP: Bayr, Bergmann, Mag. Cordula Frieser, Regina Heiß, Dr. Höchtl, Karas, Ing. Kowald, Dr. Mayer, Mag. Schäffer, Dr. Schüssel, Johann Wolf;

FPÖ: Mag. Karin Praxmarer, Probst;

Grüne: Wabl.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Fister, DDr. Gmoser, Leikam, Ludwig, Dr. Müller, Dr. Nowotny, Dr. Jolanda Offenbeck, Posch, Dr. Preiß, Remplbauer, Seidinger;

ÖVP: Arthold, Rosemarie Bauer, Dr. Ettmayer, Dr. Lackner, Dkfm. Mag. Mühlbacher, Pischl, Schwarzböck, Schwarzenberger, Dr. Steidl, Steinbauer, Stricker;

FPÖ: Dr. Frischenschlager, Klara Motter;

Grüne: Fux.

Verfassungsausschuß**Mitglieder**

SPÖ: Elmecker, Dr. Fischer, Dr. Fuhrmann, Dr. Gradischnik, Hochmair, Dr. Jankowitsch, Pöder, Dr. Rieder, Schieder, Dr. Schranz, Dr. Stippel;

ÖVP: Dr. Blenk, Dr. Ermacora, Dipl.-Ing. Flicker, Dr. Graff, Dr. Khol, Dr. Kohlmaier, Dr. Helga Rabl-Stadler, Ing. Schindlbacher, Dr. Schüssel, Stricker, Johann Wolf;

FPÖ: Dr. Frischenschlager, Dr. Gugerbauer;

Grüne: Mag. Geyer.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Cap, DDr. Gmoser, Dkfm. Ilona Graenitz, Mag. Waltraud Horvath, Dr. Keller, Ludwig, Ing. Nedwed, Mag. Dr. Neidhart, Strobl, Gabrielle Traxler, Helmut Wolf;

ÖVP: Auer, Bergmann, Dr. Bruckmann, Dr. Ettmayer, Dipl.-Ing. Gasser, Hofer, Ingrid Korosec, Dr. Lanner, Hildegard Schorn, Staudinger, Steinbauer;

FPÖ: Dr. Haider, Dr. Ofner;

Grüne: Fux.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung**Mitglieder**

SPÖ: Cap, Dr. Fischer, DDr. Gmoser, Grabner, Matzenauer, Mag. Evelyn Messner, Dr. Müller, Dr. Nowotny, Posch, Dr. Preiß, Dr. Stippel;

Präsident

ÖVP: Dr. Blenk, Dr. Bruckmann, Dr. Ermacora, Dr. Ettmayer, Heinzinger, Dr. Höchtl, Karas, Dr. Khol, Manndorff, Dr. Mayer, Stricker;

FPÖ: Klara Motter, Dr. Stix;

Grüne: Smolle.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Eder, Dr. Fertl, Fister, Dr. Gradischnik, Mag. Guggenberger, Dr. Jankowitsch, Leikam, Ing. Nedwed, Dr. Jolanda Offenbeck, Remplbauer, Schieder;

ÖVP: Bergmann, Dipl.-Ing. Flicker, Dipl.-Ing. Gasser, Dr. Lackner, Dkfm. Löffler, Mag. Schäffer, Dr. Schüssel, Schwarzenberger, Steinbauer, Dr. Taus, Johann Wolf;

FPÖ: Dr. Frischenschlager, Mag. Haupt;

Grüne: Wabl.

Familienausschuß**Mitglieder**

SPÖ: Dkfm. Ilona Graenitz, Kerschbaum, Matzenauer, Mag. Evelyn Messner, Dr. Müller, Ing. Nedwed, Adelheid Praher, Dr. Rieder, Gabrielle Traxler, Ella Zipser;

ÖVP: Rosemarie Bauer, Bayr, Dr. Hafner, Regina Heiß, Karas, Kirchknopf, Dr. Kohlmaier, Staudinger, Dr. Stummvoll, Vonwald;

FPÖ: Klara Motter, Mag. Karin Praxmarer.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Eder, Mag. Guggenberger, Mag. Waltraud Horvath, Dr. Keller, Kokail, Köteles, Parnigoni, Pfeifer, Pöder, Schemer;

ÖVP: Dr. Blenk, Mag. Cordula Frieser, Dr. Marga Hubinek, Ingrid Korosec, Dr. Lanner, Dr. Mayer, Pischl, Hildegard Schorn, Schuster, Vetter;

FPÖ: Haigermoser, Hintermayer.

Immunitätsausschuß**Mitglieder**

SPÖ: DDr. Gmoser, Grabner, Mag. Guggen-

berger, Hochmair, Dr. Keller, Leithenmayr, Ludwig, Neuwirth, Pöder, Schieder;

ÖVP: Auer, Bergmann, Dr. Fasslabend, Fuchs, Fink, Dipl.-Ing. Kaiser, Kraft, Dr. Mayer, Dr. Helga Rabl-Stadler, Dr. Schwimmer;

FPÖ: Dr. Frischenschlager, Dr. Stix.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Cap, Fister, Dr. Fuhrmann, Hofmann, Matzenauer, Peck, Roppert, Dr. Schmidt, Schmidtmeier, Helmuth Stocker;

ÖVP: Dr. Feurstein, Dr. Gaigg, Dr. Höchtl, Keller, Manndorff, Molterer, Mag. Schäffer, Schuster, Dr. Steiner, Johann Wolf;

FPÖ: Dr. Dillersberger, Dr. Ofner.

Unvereinbarkeitsausschuß**Mitglieder**

SPÖ: Brennsteiner, Dr. Fertl, Mag. Waltraud Horvath, Kerschbaum, Köteles, Renner, Roppert, Strobl, Verzetnitsch, Weinberger;

ÖVP: Dr. Ermacora, Dr. Feurstein, Dr. Frizberg, Fuchs, Dr. Gaigg, Kraft, Dr. Lackner, Dr. Lanner, Schuster, Dr. Steidl;

FPÖ: Dr. Frischenschlager, Dr. Stix.

Ersatzmitglieder

SPÖ: Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller, Kokail, Kräutl, Leikam, Ludwig, Mag. Evelyn Messner, Peck, Ruhaltner, Schmölz, Helmut Wolf;

ÖVP: Dr. Blenk, Dr. Bruckmann, Fink, Dr. Khol, Molterer, Mag. Schäffer, Hildegard Schorn, Staudinger, Vonwald, Johann Wolf;

FPÖ: Dr. Ofner, Dr. Helene Partik-Pablé.

Ausschuß für verstaatlichte Betriebe**Mitglieder**

SPÖ: Fauland, Dipl.-Ing. Dr. Hutterer, Kokail, Leithenmayr, Marizzi, Nürnberger, Resch, Ruhaltner, Scheucher, Ing. Tychtl;

ÖVP: Burgstaller, Dr. Fasslabend, Mag. Cordula Frieser, Dr. Frizberg, Heinzinger, Kraft,

4808

Nationalrat XVII. GP — 42. Sitzung — 10. Dezember 1987

Präsident

Molterer, Schwarzböck, Franz Stocker, Dr. Stummvoll;

Dr. Neidhart, Reicht, Roppert, Schmölz, Helmut Stocker, Strobl, Helmut Wolf;

FPÖ: Dkfm. Bauer, Dipl.-Ing. Dr. Krünes.

ÖVP: Bergsmann, Dr. Fasslabend, Fink, Dr. Keimel, Keller, Kirchknopf, Lußmann, Pischl, Vonwald, Dr. Zernatto;

Ersatzmitglieder

FPÖ: Hintermayer, Probst.

SPÖ: Mag. Brigitte Ederer, Dr. Heindl, Hochmair, Kerschbaum, Köck, Neuwirth, Dr. Schmidt, Schmidtmeier, Seidinger, Verzetnitsch;

Ersatzmitglieder

ÖVP: Dr. Ettmayer, Fuchs, Gurtner, Dkfm. Löffler, Manndorff, Dkfm. Mag. Mühlbachler, Ing. Schindlbacher, Hildegard Schorn, Schuster, Dr. Taus;

SPÖ: Dietrich, Dr. Fuhrmann, Grabner, Köck, Leithenmayr, Ing. Nedwed, Parnigoni, Resch, Schmidtmeier, Seidinger;

FPÖ: Eigruber, Probst.

ÖVP: Mag. Cordula Frieser, Dr. Frizberg, Ing. Helbich, Hofer, Dipl.-Vw. Killisch-Horn, Kraft, Dr. Lanner, Schwarzböck, Vetter, Dipl.-Ing. Winsauer;

Verkehrsausschuß**Mitglieder**

SPÖ: Brennsteiner, Dr. Heindl, Kuba, Mag.

FPÖ: Dr. Dillersberger, Dr. Ofner.